Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

38 (14.2.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 38. Karlsruhe, Dienstag den 14. Februar 1905. 25. Jahrgang.

Nach dem ersten Akt.

Genossin Rosa Luxemburg schreibt in der „Leipz. Volksztg.“:

Vor einer Woche schrieben wir über die Revolution in Petersburg, heute ist es die Revolution fast im ganzen Reiche. In allen größeren Städten — in Moskau, Riga, Wilna, in Mitau und Libau, in Jekaterinoslaw und Kiew, in Warschau und Lodz haben die Proletarier mit Massenstreiks — in Warschau mit einem Generalstreik im buchstäblichen Sinne — auf die Petersburger Schlächterei geantwortet und ihre politische Klassensolidarität mit dem Proletariat an der Newa tatkräftig bewiesen. Und mit der Masse, die in Aktion tritt, wächst, um mit Marx zu reden, auch „die Gründlichkeit“ der Masse, deren Aktion sie ist.

In Petersburg war die Erhebung des Proletariats spontan und das Signal dazu von einem zufälligen Führer gegeben, wenn auch die Ziele, das Programm und damit der politische Charakter der Erhebung, wie jetzt durch genaue Berichte festgestellt ist, direkt durch das Eingreifen sozialdemokratischer Arbeiter bestimmt wurden. Im übrigen Reiche und namentlich in Polen war die Urheberschaft und die Leitung der Bewegung von vornherein in den Händen der Sozialdemokratie. Freilich, auch hier nicht in dem Sinne, daß die Sozialdemokratie aus freien Stücken, nur nach eigenem Gutdünken die Massenstreiks aus dem Boden gestampft hätte. Sie mußte sich vielmehr überall dem Drängen der Arbeiterschaft anpassen, die schon durch die ersten Nachrichten und Gerüchte von den Petersburger Ereignissen in Erregung kam und instinktiv zur solidarischen Aktion griff. Aber die Sozialdemokratie war es, die dem Stürmen der Masse sofort den nötigen Ausdruck, die politische Parole und die klare Richtung gab.

So hat die russische Revolution, im ganzen betrachtet, bereits am Tage nach dem Blutbad vom 22. Januar den ausgesprochenen Charakter einer politischen Klassenerhebung des Proletariats erhalten. Denn gerade das Echo, das die Petersburger Ereignisse sofort in andern Industriestädten und Gegenden Rußlands gefunden, ist der beste Beweis, daß es sich in Petersburg nicht um eine isolierte blinde Verzweiflungsrevolte einer bestimmten Arbeiterschaft handelte, wie deren mehrere und blutige unter der russischen Bauernschaft von Zeit zu Zeit seit jeher vorkommen, sondern daß es ein Ausdruck derselben Gärung und derselben Bestrebungen war, die in den Industriearbeitern im ganzen Reiche lebendig sind. Eine derartige bewußte offene Solidaritätsaktion, und zwar politische Solidaritätsaktion, der Arbeiterschaft in verschiedenen Städten und Gegenden Rußlands hat es noch nicht gegeben, seit das Zarenreich existiert. Auch nicht die Maifeier, deren Idee in Rußland mächtig gewirkt, hat es je vermocht, eine annähernd zusammenhängende Massenkundgebung hervorzurufen. Erst der unmittelbare Kampf hat sie plötzlich zur Tat werden lassen und zum erstenmal bewiesen, daß die Arbeiterklasse im Zarenreich nunmehr nicht bloß ein abstrakter Begriff oder ein mechanisches Aggregat isolierter Proletariergruppen mit gleichartigen Interessen und parallelen Bestrebungen ist, sondern ein organisches, aktionsfähiges Ganzes, eine politische Klasse mit gemeinsamem Willen und gemeinsamem Klassenbewußtsein. Seit den Kämpfen der letzten Woche gibt es im Zarenreich nicht mehr zersprengte russische Arbeiter im Norden, im Süden, im Osten, lettische, jüdische, polnische Proletarier, die, jeder Trupp für sich, an den Ketten der gemeinsamen Sklaverei rütteln. Dem Zarentum gegenüber steht heute eine geschlossene proletarische Phalanx, die durch die ungeheuren Opfer im Kampfe bewiesen hat, daß sie das uralte Losungswort der Regierungsweisheit jedes Despotismus: divide et impera, gründlich zu durchkreuzen verstanden hat und die durch das vergossene Blut viel wirksamer als durch alle papierenen „Verträge“ geheimer Parteikonventikel zu einer revolutionären Klasse zusammengekittet worden ist.

Darin liegt der bleibende Wert der letzten Januarwoche, die in der Geschichte des internationalen Proletariats und seines Emanzipationskampfes eine epochemachende ist. Das Proletariat Rußlands hat zum erstenmal die politische Bühne als selbständige Macht beschritten, hat in der Schlächterei des 22. Januar seine historische Bluttaufe erhalten, wie das Pariser Proletariat in der Junischlächterei, und ist als neues aktives Glied in die internationale Familie des kämpfenden Proletariats eingetreten.

Daß diese gewaltige Tatsache für den bürgerlichen Litteraten nicht existiert, der sich darauf beschränkt, das befürchtete Martyrium Maxim Gorkis schleunigst zur gemeinen Münze mossischer Reklamezwecke auszuprägen, ist nicht mehr wie in der Ordnung. Will man gar in reinster Form die grotesken Sprünge der bürgerlichen „Intelligenz“ vom heutigen Tage vor dem historischen Drama an der Newa Spaßes halber einmal betrachten, so braucht man nur die in allen Farben des „modernen“ Dekadenzspülichts schillernde Zukunft des Herrn Harden nehmen, der um die Wette mit Trepows Telegraphenagenturen schwarz auf weiß beweist, daß der jetzige politische Zustand Rußlands „dem Bedürfnis der russischen Masse“ genügt, die „armen“, von Demagogen „mißbrauchten“ Petersburger Arbeiter als fromme und treuherzige Zarenlämmer vor der Welt rehabilitiert und den Todesmarsch der 2000 um die Freiheit ringenden Proletarier für ein Kinderspiel gegen — die Dekabristenrevolte vor achtzig Jahren erklärt, in der „sogar Gardeoffiziere“ schon einmal die Republik ausgerufen hätten. Bürgerliche Normalschädel waren in ihrer besten Zeit nicht dazu gemacht, die historische Größe proletarischer Kämpfe zu fassen. Es werden dazu am allerwenigsten die Zwergschädel der Verfallsbourgeoisie berufen sein.

Aber auch für die internationale Sozialdemokratie ist die Erhebung des russischen Proletariats ein neues Phänomen, das man sich erst geistig assimilieren muß. Wir sind alle, mögen wir noch so dialektisch denken, in unsern unmittelbaren Bewußtseinszuständen unverbesserliche Metaphysiker, die an der Unwandelbarkeit der Dinge kleben. Und obwohl wir die Partei des sozialen Fortschritts sind, so ist ist für uns selbst jede gesunde Portion Fortschritt, die unsichtbar vor sich gegangen, und nun plötzlich im fertigen Resultat vor uns ersteht, eine Ueberraschung, an die wir erst hinterdrein unsere Vorstellungen anpassen müssen. In der Vorstellung gar manches Sozialdemokraten Westeuropas lebt der russische Proletarier immer noch als der Muschik, der Bauer, mit langem Flachshaar, Fußlappen und stupidem Gesichtsausdruck, der, erst gestern vom Lande gekommen, ein fremder Gast in der modern-städtischen Kulturwelt ist. Man hat gar nicht bemerkt, wie sich die kulturelle und geistige Hebung des russischen Proletariats durch den Kapitalismus und sodann durch die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit unter der Bleidecke des Absolutismus vollzogen, wie sich der Muschik von gestern in den intelligenten, wissensdurstigen, idealistischen, kampfbereiten, ehrgeizigen Großstadtproletarier von heute verwandelt hat. Und wenn man bedenkt, daß die eigentliche sozialdemokratische Agitation in Rußland kaum fünfzehn Jahre dauert, daß der erste Versuch eines gewerkschaftlichen Massenkampfes in Petersburg vom Jahre 1896 datiert, so muß das Tempo der inneren Minierarbeit des sozialen Fortschritts geradezu als ein rasendes erkannt werden. Alle schleppenden Nebel und brauenden Dämpfe der Stagnation sind vom proletarischen Gewitter plötzlich zerrissen und weggefegt worden, und wo gestern noch eine rätselhafte Zwingburg des starren, jahrhundertealten Stillstandes gespenstisch zu ragen schien, steht vor uns heute ein von modernsten Stürmen zerwühltes, durchbebtes Land, von dem ein gewaltiger Feuerschein auf die gesamte bürgerliche Welt ausgeht.

Es ist eine gründliche Lektion revolutionären Optimismus, die uns durch die Petersburger Ereignisse erteilt wird. Durch tausend Hindernisse, durch alle mittelalterlichen Bollwerke, ohne alle modernen politischen und sozialen Lebensbedingungen setzt sich das eherne Gesetz der kapitalistischen Entwickelung in die Klassengeburt, das Wachstum und das Bewußtsein des Proletariats siegreich durch. Und erst in vulkanischen Ausbrüchen der Revolution zeigt sich, wie rasch und gründlich der junge Maulwurf gearbeitet hat. Wie lustig arbeitet er erst der westeuropäischen Gesellschaft unter den Füßen! Die politische Reife und die latente revolutionäre Energie der Arbeiterklasse mit Wahlstatistiken oder Gewerkschafts- und Wahlvereins-Ziffern messen wollen, heißt an den Montblanc mit dem Schneiderzentimeter herantreten. Wir wissen gar nicht in den sogenannten Normalzeiten des bürgerlichen Alltags, wie mächtig unsere Ideen bereits Wurzel gefaßt, wie stark das Proletariat und wie innerlich morsch der Aufbau der herrschenden Gesellschaft bereits ist. Und alle Schwankungen und Verirrungen des Opportunismus laufen im letzten Grunde auf eine falsche Rechnung mit den Kräften der sozialistischen Bewegung, auf eine subjektive Illusion der Schwäche hinaus.

Mag deshalb platte Kleingeisterei, die nur den kupfernen Pfennig des sofortigen materiellen greifbaren Erfolgs mit der Hand zu fassen versteht, über die „mißlungene Revolution“, über ergebnisloses „Strohfeuer“ der Petersburger Erhebung eifern, weil der Absolutismus formell noch existiert, die konstituierende Versammlung noch nicht einberufen ist und die heute noch streikenden Massen wahrscheinlich morgen äußerlich in den Alltag zurückkehren werden. Tatsächlich haben die Ereignisse der letzten Wochen durch die Existenz der russischen Gesellschaft einen Riß gemacht, der nie mehr zugekittet werden kann. Es ist nicht mehr derselbe Zarismus, nicht mehr dieselbe Arbeiterklasse, nicht mehr dieselbe Gesellschaft, die aus dem revolutionären Strudel hervorgehen. Der Zarismus hat innerlich seinen Todesstoß bereits erhalten und seine Weiterexistenz, wie kurz oder lang sie auch sein mag, kann nur eine Agonie sein. Er hat zum erstenmal Auge in Auge mit derjenigen Volksklasse gestanden, die berufen ist, ihn zu stürzen. Er hat vor der ganzen Welt dargetan, daß er nicht mehr dank der Passivität, sondern nur noch gegen den positiven Willen derjenigen Volksschicht existiert, deren Wille politisch ausschlaggebend ist. Die Arbeiterklasse hat zum erstenmal als Ganzes offen gekämpft und die politische Führung der Gesellschaft gegen den Absolutismus an sich gerissen. Auch die letzte Waffe der brutalen Gewalt, mit der der Absolutismus heute noch knapp gesiegt hat, ist gerade durch diesen Gebrauch schartig geworden: das Militär ist sicher durch den Bürgerkrieg so stark demoralisiert und politisch aufgerüttelt worden, wie es Jahrzehnte geheimer Kasernenagitation nicht hätten tun können. Noch einmal darf der Zarismus eine militärische Kraftprobe mit dem eigenen Volke kaum riskieren.

Und nun beginnt erst die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie, um den revolutionären Zustand in Permanenz zu erhalten. Ihre Pflicht ergibt sich von selbst aus der Neigung der politischen Kurzsichtigkeit, den Mißerfolg und das Ende des Kampfes dort zu erblicken, wo erst der Anfang der Revolution ist. Der pessimistischen Niedergeschlagenheit der Arbeitermasse entgegenzuwirken, auf die die Reaktion spekuliert, den inneren Sinn in die enormen Ergebnisse der ersten Attacke dem Proletariat klar zu machen, dem Katzenjammer vorzubeugen, der sich gewöhnlich der Masse in bürgerlichen Revolutionen zu bemächtigen pflegt, sobald der Zweck der Revolution nicht sofort sichtbar erreicht ist, und der sich ganz zweifellos der liberalen Helden in Rußland schon morgen bemächtigen wird, dies ist die reichliche Arbeit, die sich zunächst für die Sozialdemokratie eröffnet hat. Die Sozialdemokratie vermag weder in Rußland noch sonst in der Welt historische Momente und Situationen künstlich zu schaffen, wie sich jugendliches Maulheldentum vielleicht einbilden mag. Aber was sie kann und muß, ist, die jeweilige Situation ausnützen, indem sie ihren historischen Sinn und ihre Konsequenzen dem Proletariat zum Bewußtsein bringt und es so zu weiteren Momenten des Kampfes hinüberleitet.

Im gegebenen Moment in Rußland ergibt sich die wichtigste Notwendigkeit: der Masse nach dem ersten Kampfe aufklärend, anfeuernd, ermutigend beizustehen. Und diese Aufgabe werden weder die Gapons, die gewöhnlich wie Meteore in der Revolution aufzublitzen und dann für immer unterzutauchen pflegen, noch die Liberalen, die nach jedem Anlauf seit jeher wie Taschenmesser zusammenklappen, noch auch die allerlei revolutionären Abenteurer ausführen, die bei einer großen Attacke stets mitzuknallen bereit sind. Diese Funktion kann auch in Rußland nur die Sozialdemokratie erfüllen, die jedem Einzelmoment des Kampfes überlegen ist, weil sie ein über alle Einzelmomente hinausführendes Endziel hat, die deshalb nicht im unmittelbaren Erfolg oder Mißerfolg des Moments das Ende der Welt erblickt, kurz, die Sozialdemokratie, für die die Arbeiterklasse nicht Mittel zum Zwecke der politischen Freiheit ist, sondern die politische Freiheit Mittel zum Zwecke der Emanzipation der Arbeiterklasse.

Politische Uebersicht.

Norddeutsche Grüße an den Süden.

Man schreibt uns aus Berlin:

Während sich die „Intellektuellen“ Berlins darauf beschränkten, eine ebenso würde- wie aussichtslose Petition zur Rettung Gorki's nach Petersburg loszulassen und die falsche Nachricht von des Dichters Freilassung sofort zum Anlaß nahmen, ihre „Protestversammlung“ abzubestellen, haben in Bayern und Württemberg auch vereinzelt bürgerliche Politiker an den mannhaften Massenkundgebungen teilgenommen, die die Sozialdemokratie gegen die Greuel des Zarismus veranstaltete. Das erregt den heftigen Grimm des Berliner Regierungsorganes, der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“. Sie wirft den bürgerlichen Protestlern vor, daß „sie aus der Schule einer großen Zeit gänzlich unbelehrt hervorgegangen“ seien. Denn die erste Voraussetzung für die Befähigung, in der auswärtigen Politik mitzureden, sei, daß persönliche Stimmungen und Geschmacksrichtungen gänzlich ausgeschaltet werden und lediglich die Interessen des eigenen Volkes entscheidend bleiben. Durch die

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. v. Sarauw.

2) (Nachdruck verboten.)

Als der Bote geräuschlos in die inneren Zimmer verschwunden war, rief Mortensen halblaut: „Heda, Oerseth! Wenn wir nun auch den Bureauchef los werden könnten, so würde ein kühler Trunk Bier im „Sumpf“ gut schmecken — he?“

„O ja!“ rief der Assistent und ließ die Schere auf den Boden fallen.

Mortensen warf auf den jungen Mann einen kalten Blick; aber plötzlich bedachte er sich. Hiorth war der Sohn eines Amtmanns im westlichen Norwegen, er hatte gute Verbindungen und war vermutlich bei Kasse. Er erwiderte ihm daher recht freundlich: „Junge Pflanze! Sie haben einen raschen Wuchs.“

Das verstand der Assistent nicht. Da er aber die Erfahrung gemacht hatte, daß es im Bureau zum guten Ton gehöre, Mortensen witzig zu finden, so lachte er zustimmend und fuhr in seiner Unschuld fort: „Was ich am meisten vermisse, seit ich in das Ministerium gekommen, ist mein kleines Frühstück im Grand Hotel. Man bekommt dort wundervolle geröstete Lammkoteletts mit Gurkensalat!“

Man hörte ein Grunzen aus dem Zimmer, wo Oerseth sich befand, und Mortensen sagte: „Gurkensalat esse ich nie des Vormittags, den spürt man noch lange nachher, aber ein holländisches Beefsteak mit Kartoffeln nebst Schnaps und Bier, das ist was für mich.“

„Das bekommt man auch im Grand Hotel.“

„Ach, meines Erachtens ißt man dort gar nicht so gut,“ warf Mortensen ein.

„Ich versichere Sie, wenn Sie mir die Ehre erzeigen wollten, mit mir dort zu essen, so will ich Sie eines Besseren belehren.“

Wieder kam ein Laut aus dem Nebenzimmer und Mortensen erwiderte: „Ich danke, aber eigentlich hatte ich mich mit Herrn Oerseth verabredet.“

„Wenn Sie glauben,“ sprach der Assistent ängstlich, „daß auch Herr Oerseth mir die Ehre erzeigen wollte, so —“

„Er ist allerdings sehr zartfühlend, aber ich will es versuchen,“ erwiderte Mortensen, ordnete etwas an seinem Anzug und ging ins anstoßende Zimmer.

Hier, wo Oerseth das Kommando führte, saß in einer Ecke ein ältlicher Mann über sein Pult gebeugt. Diesem rief Oerseth, nachdem er eine Weile mit Mortensen geflüstert hatte, zu: „Hören Sie, Hansen, ich werde wohl genötigt sein, heute Vormittag einen Augenblick fortzugehen. Sollte Moh kommen und fragen, wo ich bin, so sagen Sie wohl, ich wäre in der Registratur zum Konferieren; . . . verstanden . . . He, Papa Hansen?

Der Andere nickte leicht mit dem Kopf.

„Wie stumpf er geworden ist,“ sagte Mortensen halblaut; es war Zeit, daß er vom Blatt fortkam.

Mortensen sprach vom „Volksfreund“, aus dessen Redaktion Papa Hansen — wie man ihn zu nennen pflegte — vor kurzem entfernt worden war, weil er das Blatt in eine Richtung geleitet hatte, welche seine Vorgesetzten staatsgefährlich fanden. Statt seiner war Mortensen in die Redaktion eingetreten.

Als Oerseth sich schon zum Fortgehen fertig machte, meinte Mortensen, es ginge doch wohl nicht an, daß sie daß Bureau verließen, ehe der Bureauchef seinen Morgenspaziergang angetreten habe. In demselben Moment aber sahen sie den Bureauchef Georg Delphin aus seinem Zimmer durch den Gang schreiten und die Treppe hinuntergehen.

Mortensen kam nun auf seinen Platz zurück und flüsterte Hiorth zu: „Es ist mir gelungen, ihn zu überreden.“ — worauf er, ein Liedchen summend, sich in seine Kleider warf.

Nicht viele hätten sich im Ministerium so rücksichtslos aufführen dürfen, wie Kanzlist Mortensen. Aber einmal war es eine bekannte Sache, daß er anders den Allmächtigen — wie man Moh nannte — um Freunde hatte, und außerdem raunte man sich ins Ohr, daß der Minister Bennechen bisweilen den „Volksfreund“ als sein Organ benutzte.

Deshalb stand Kanzlist Mortensen im Ministerium in weit höherem Ansehen, als dies seinem Range nach zukam, und es geriet allmählich in Vergessenheit, daß er als Anwalt in einem sehr bedenklichen Schwindel mit einer Zündhölzerfabrik verwickelt gewesen war.

Als Mortensen seine Toilette beendet hatte, nahmen die drei Herren ihre Hüte und wollten eben fortgehen, als Mortensen ausrief:

„O, ihr Götter! Er hat keine Papiere! Die junge Pflanze will ohne Papiere auf die Straße gehen!“

„He, he, lachte der Assistent, weil er glaubte, daß Mortensen einen Witz gemacht habe.

„Können Sie denn gar nicht sehen,“ versetzte Oerseth und jetzt erst bemerkte Hiorth, daß die beiden anderen ein Paket Papier unter dem Arm trugen.

„Aber ich weiß ja gar nicht, was ich nehmen soll?“ fragte er unschlüssig und sah seinen Papierhaufen an.

„Gott steh mir bei!“ rief Mortensen und sah zur Decke hinauf, „er fragt, was er nehmen soll, als ob nicht jedes Papier gut genug wäre, um damit auf die Straße zu gehen!“

Endlich ging dem Hilfsschreiber ein Licht auf; er machte sich ein Paket wie das der anderen zurecht und nun schlichen alle drei die Treppe hinab.

Im Torwege aber stürzte ein langer dünner Mensch in einem Arbeiteranzuge auf sie zu.

„O, Herr Redakteur!“ rief er, als er Mortensen sah, und wischte sich mit seiner leinenen Schürze den Schweiß ab, „wir sollten ein Porträt von General Roberts haben.“

„Setzen Sie einen Vollbart an Gladstones Gesicht“ antwortete der Redakteur ohne Zögern.

„Aber Gladstone ist ja kahlköpfig,“ wandte der Holzschneider ein.

„So setzen Sie ihm einen Stanleyhut auf,“ antwortete Mortensen ruhig.

Der Arbeiter grüßte und lief über die Straße, während der Assistent Hiorth in ein bewunderndes Lachen ausbrach.

„Ein brillanter Einfall, Redakteur,“ rief er, indem er es wagte, Mortensen auf die Schulter zu klopfen — war er es doch, der traktieren sollte — „aber wissen Sie auch, wie General Roberts aussieht?“

„Nicht im entferntesten,“ erwiderte Mortensen.

„Wenn nun der General aber gar keinen Bart trägt, oder zum Beispiel nur einen Schnurrbart, so wie ich?“

„Dann hat der General sich den Bart abrasiert, nachdem unser Bild abgenommen war, das ist doch sonnenklar!“

„Nun müssen wir uns teilen,“ sprach Oerseth, „Sie, Mortensen, müssen auf die andere Seite hinübergehen.“

Gleich darauf stieß Mortensen einen Fluch aus; die anderen wandten sich um und gewahrten den Bureauchef, der boshaft vor sich hinlächelnd gerade auf ihn zukam.

„Na, das wird 'ne schöne Geschichte,“ murmelte Oerseth.

Der Assistent zitterte vor Schreck. Sie grüßten alle drei sehr verwirrt; Georg Delphin nickte nachlässig, und es schien, als ob er ruhig vorbeigehen wollte. Aber plötzlich blieb er vor Mortensen stehen und sagte mit ausgesuchter Freundlichkeit: „Herr Mortensen, können Sie mir nicht mit einigen Zündhölzern aushelfen?“

Mortensen war dem Umsinken nahe, während er die Zündhölzchen hervorsuchte; der Bureauchef aber zündete sich seine Zigarre mit großer Sorgfalt an, dankte und ging weiter.

„Da sind wir gut davon gekommen,“ versetzte Hirth in seiner Unschuld.

„Na, ich weiß gerade nicht!“ erwiderte Oerseth mit einem hämischen Seitenblick auf Mortensen.

„Verfluchter Bengel!“ stieß Mortensen hervor.

(Fortsetzung folgt.)

Haltung der süddeutschen Zarenfeinde würden in Rußland Verstimmungen geweckt, die auf dem Passivkonto des deutschen Volkes zur Verbuchung gelangten.

Wenn man diese Aeußerungen des offiziösen Blattes als eine Regierungsstimme nehmen darf, so scheint die preußisch-deutsche Regierung nicht mehr weit davon entfernt, einen Sühneprinzen nach Zarskoje-Sselo schicken zu wollen, um Väterchen für die Beleidigung um Verzeihung zu bitten, die seine Mordehre in Süddeutschland erlitten hat. Denn nach der Meinung der „Nordd. Allgemeinen Zeitung", die sonst im Punkte der nationalen Ehre so empfindlich tut, soll es im Interesse des deutschen Volkes liegen, sich das Wohlwollen einer fremden Regierung zu erhalten, die das eigene Volk zur Verzweiflung treibt, um es sodann auf der Straße massakrieren zu lassen.

Die „Nordd. Allg. Zeitung" beruft sich zu ihrem Zwecke auf Bismarck, der als schlauer politischer Handelsmann sogar mit — Napoleon III. parlamentierte, der in Berlin als „Sohn der Revolution" verschrien ward. Sie vergißt hinzuzufügen, daß derselbe Bismarck im Interesse nicht des deutschen Volkes sondern in dem eines volksfeindlichen Systems Rußland alle möglichen Liebesdienste gegen die Revolution geleistet hat. Gleichzeitig versetzt sie aber auch ihren eigenen Auftraggebern eine schallende Ohrfeige. Denn wer war es anders als der — preußische Justizminister Dr. Schönstedt, der im deutschen Reichstag in geradezu klassischer Weise schilderte, wie sehr die Bekämpfung der russischen Revolution und die liebevolle Beschützung des zarischen Systems im Interesse der preußisch-deutschen Regierung, nach seiner Meinung also wohl nur „im Interesse des deutschen Volkes" geboten sei.

Allerdings möchten wir keineswegs unseren Kopf dafür verwetten, daß die Mahnungen, die die preußische Regierung nach dem Süden richtet, dort ihren Eindruck verfehlen werden. Das ist nun eine Sache, die die bürgerlichen Zarengegner Süddeutschlands selber mit der preußischen Regierung ausmachen mögen. Uns genügt es vollständig, daß dieselbe Kundgebung der „Nordd. Allgem. Zeitung" die Sozialdemokraten als Leute bezeichnet, „die solche Veranstaltungen für ihre Parteizwecke brauchen". Darin liegt das erfreuliche Eingeständnis, daß Kundgebungen im Interesse der Menschlichkeit und Freiheit, Kundgebungen, die die Ehre des deutschen Volkes gegen jede Gemeinschaft mit einer diebischen und mörderischen Regierung verwahren, ausschließlich im Parteiinteresse der Sozialdemokratie gelegen sind, indes es andererseits im Interesse der herrschenden Klassen liegt, des Zaren blutige Hände zu küssen.

Wir sind mit der Rolle, die uns die „Nordd. Allgem. Zeitung" zuteilt, durchaus zufrieden, wie sich die bürgerlichen Politiker mit der ihren abfinden wollen, soll ganz ihnen selbst überlassen bleiben! Wie man indeß über den Sachverhalt in ihrem eigenen Lager denkt, beweist ein naiver Schmerzensschrei, den die „Münchener Freistatt" ausstößt. Auf die wütenden Angriffe, die die „Münchener Allgemeine Zeitung" gegen die protestierenden Professoren Lipps und Brentano richtet, antwortet sie klagend:

Es ist noch immer jedem deutschen Professor gestattet worden, die Sozialdemokratie zu beschimpfen, Flottenpropaganda zu treiben und Graf Bülow einen großen Staatsmann zu heißen. Die aber, die weniger lobenswerte politische Ueberzeugungen hegen, sucht man nach Kräften mundtot zu machen.

Wenn das im Süden bisher nicht völlig gelungen ist, so ersieht man daraus wieder einmal, wie weit Preußen in Deutschland voran ist. Ein königlich preußischer Wissenschaftsbeamter wird es sich nicht so leicht herausnehmen, in politischen Dingen eine eigene Meinung haben zu wollen.

Aus Baden.

* **Die Freisinnigen** gehören bekanntlich auch zu denjenigen, die in Bezug auf Ansprüche nichts weniger als bescheiden sind. Obwohl sie wohl kaum in einem Wahlbezirk des Landes von sich aus in der Lage sind, eine ausschlaggebende Rolle zu spielen, geschweige ein Mandat zu erobern, beanspruchen sie von den Nationalliberalen als Bedingung für den Eintritt in den „Block" Anerkennung ihres bisherigen Besitzstandes und dazu noch ein drittes Mandat (Lörrach-Land), das bisher im Besitze der Nationalliberalen war. Die viel stärkere nationalliberale Partei soll also den Freisinnigen ein Mandat abtreten, das der Freisinn niemals zu erobern imstande wäre. Ob die Nationalliberalen sich solcherweise von der freisinnigen Volkspartei ohne Volk die Pistole auf die Brust setzen lassen, wissen wir nicht. Möglich ist es ja, denn die Nationalliberalen befinden sich in geradezu bejammernswerter Situation. Nicht nur, daß es sehr fraglich ist, ob sie ihren bisherigen Besitzstand behaupten, sie sollen davon auch noch an ihre Bundesgenossen etwas abtreten. Soweit für sie Aussicht auf Eroberungen bestehen, werden sie durch wahrscheinliche Verluste mehr als ausgeglichen. Dazu kommt, daß die Linksliberalen den Nationalliberalen in keinem einzigen Bezirk helfen können, wenn nicht noch die direkte oder mindestens indirekte Unterstützung anderer Parteien hinzukommt. Die Freisinnigen, die sich auf den Handel verstehen, suchen diese Situation nach Kräften für sich auszunützen, sie verlangen für ihre paar hundert Stimmen, die sie den Nationalliberalen zur Verfügung stellen können, geradezu einen Wucherpreis. Wohl oder übel müssen die Nationalliberalen den Preis bezahlen. Es geht ihnen wie einem am Bankrott laborierenden Geschäftsmann, der, wenn er nirgends mehr kann Kredit bekommen, sich dem Wucherer in die Arme wirft. Das hätten sich die Nationalliberalen vor 15 Jahren wohl nicht träumen lassen, daß sie in eine solche Lage kommen. Aber sie haben diese Situation selbst verschuldet und wenn sie sich nicht noch ganz bedeutend bessern, dann ist der völlige Bankrott in wenigen Jahren sicher.

* **Als nationalliberaler Kandidat** im Bezirk Adelsheim-Boxberg wurde an Stelle des wegen hohen Alters zurückgetretenen bisherigen Landtagsabgeordneten Klein der Ratschreiber Leiser in Sindolsheim aufgestellt.

Deutsches Reich.

* **Die freisinnige Vereinigung,** oder die Partei des „wahren Liberalismus", hat am Samstag und Sonntag in Berlin ihren Parteitag abgehalten. Bei dieser Gelegenheit hielt der Vorsitzende Schrader eine Einigkeitsrede, in der er das Verhältnis des „wahren" Liberalismus zur Sozialdemokratie folgendermaßen darstellte:

„Wir sind einig darin, daß ein Zusammenschluß aller wahrhaft Liberalen gegen die Reaktion notwendig ist, wir sind einig in der **Verurteilung der Ziele der Sozialdemokratie,** und einig, daß wir ihnen, wo wir etwas erreichen können, entgegenzutreten haben, einig aber auch darin, daß wir, wenn es gilt, der Reaktion einen Hieb zu versetzen, vor einer **Verständigung mit der Sozialdemokratie** nicht zurückzuschrecken haben. Ich hoffe, daß ich mit dieser Erklärung dieses Kapitel schließen kann."

Wir fürchten trotz des lebhaften Bravo, das diesen Worten des Herrn Schrader folgte, daß sich seine Hoffnung nicht erfüllen wird. Denn seine „Erklärung" ist so klar wie ein delphisches Orakel. Nehmen wir den praktischen Fall, daß es wieder zu Stichwahlen kommt, in denen der „wahre" Liberalismus zwischen Reaktion und Sozialdemokratie zu wählen hat. In einem solchen Fall können die wahren Liberalen, wie die Statistik des 23. Juni 1903 beweist, „etwas erreichen", nämlich die Wahl des Konservativen. Haben sie also in diesem Falle auch in Zukunft der Sozialdemokratie „entgegenzutreten"? Anderseits können sie ja in diesem Falle „der Reaktion einen Hieb versetzen". Haben sie dann also „vor einer Verständigung mit der Sozialdemokratie" nicht zurückzuschrecken?

Die Sozialdemokratie kann inzwischen ihren Kopf besser brauchen als dazu, sich ihn über solch wahrhaft liberales Rätselspiel zu zerbrechen. Trotz aller papiernen Beschlüsse wird der wahre Liberalismus immer unerschrocken genug bleiben, um zur Rettung des Vaterlandes aus der roten Gefahr einen Gang nach dem Wahllokal zu wagen.

* **Kirdorf und Hammerstein.** Der preußische Polizeiminister „berichtigt":

„Herr Geh. Kommerzienrat Kirdorf hatte die Freundlichkeit, mich . . . zu empfangen und zu begrüßen . . . Herr Kirdorf hat aber mir (!) „schlappe Haltung und Rückgratlosigkeit der Regierung" nicht vorgeworfen. Dagegen erhob er . . . einen **schweren Vorwurf gegen eine mir nicht unterstellte Behörde,** worauf ich nicht unterließ, zu erwidern, daß seine Behauptung durchaus unzutreffend sei und ihn bitten müsse, seine Ausdrücke zu mäßigen. Herr Kirdorf wiederholte dieselben, ich meine Entgegnung. Die ihr folgende kurze Bemerkung des Herrn Kirdorf, „das ist aber doch meine Ueberzeugung", veranlaßte mich, das Gespräch abzubrechen."

Aus dieser Berichtigung wird die deutsche Oeffentlichkeit zunächst mit Befriedigung entnehmen, daß Herr Kirdorf an dem Ressort des Ministers v. Hammerstein nichts auszusetzen findet. Des weiteren geht aus ihr hervor, daß sich zwar die preußische Regierung den gestrengen Bergherren gegenüber eines „guten Tons" befleißigt, daß aber diese selbst auf andere Regeln schwören. Christliche Arbeiterdeputationen mögen bei Herrn Kirdorf im Umgang mit Ministern Unterricht nehmen.

* **Bei der Straßburger Gemeinderatswahl,** die am Sonntag stattfand, wurden zwei Sozialdemokraten und ein liberaler Kandidat der vereinigten Liberalen und der Mittelstandspartei gewählt. Der Zentrumsverein, der zum erstenmal selbständig bei der Gemeinderatswahl auftrat, sowie der Interessenverein Neudorf-Neuhof erhielten keinen Sitz. Es haben für sieben Gemeinderatssitze Nachwahlen stattzufinden. Die zehn Mandate waren bisher vertreten durch fünf Sozialisten, einen von den Sozialisten gewählten Liberalen, einen Demokraten, zwei Liberale und einen Parteilosen. Die Nachwahlen finden nächsten Sonntag statt.

* **Rüstungen wider den Reichs-Dalles.** Wie die „Berl. Ztg." meldet, wird die Reichsregierung die bei den Beratungen über die Handelsverträge zu gewärtigende längere Anwesenheit der Hauptvertreter der einzelnen Bundesstaaten zu dem Versuch benutzen, im Bundesrat eine Verständigung über die Reichsfinanzreform herbeizuführen.

Ausland.

Frankreich.

Sozialistischer Kammerwahlsieg. In Roanne (Dep. Loire) wurde bei der am gestrigen Sonntag vorgenommenen Nachwahl zur Deputiertenkammer Auge (Sozialist) gewählt. Auge, der Bürgermeister von Roanne ist, erhielt 10 005, sein Gegenkandidat, der gemäßigte Republikaner Thorel, 9783 Stimmen. Der Kreis war vorher im Besitz der Gemäßigten.

Aus der Partei.

—n **Konstanz,** 13. Febr. Die Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Vereins, die Mitglieder des Agitations-Komitees und die Inhaber von Sammellisten, welche von dem Vertrauensmann ausgegeben wurden, werden zu einer Sitzung auf Donnerstag, 17. Februar abends 8 Uhr in der „Helvetia" eingeladen und ist vollzähliges Erscheinen durchaus notwendig. Die Sammellisten, Bezirkslisten und Extrabeitragsmarken sind mitzubringen. Die nächste Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins findet am Samstag den 25. Februar statt.

Soziale Rundschau.

* **Ueber den Streik der Mannheimer Kohlenarbeiter** berichtete gestern die „Volksstimme" folgendes: Heute morgen 10 Uhr gelangte die erste Streikunterstützung zur Auszahlung; unterstützt werden alle am Ausstande teilnehmenden Kohlenarbeiter. Die Stimmung der Streikenden ist eine sehr begeisterte; sie sind sämtlich entschlossen, so lange im Streik zu verharren, bis das Unternehmertum sich zu Unterhandlungen mit der Lohnkommission bequemt. Am Samstag Abend sprach der Vorsitzende des Zentralvorstandes der Hafenarbeiter, Genosse Döring-Hamburg, in einer sehr zahlreich besuchten Matrosenversammlung über den Stand der Bewegung und die Haltung der Matrosen und Schiffleute zu derselben. Alle Anwesenden verpflichteten sich, dafür Sorge zu tragen, daß von seiten der Schiffleute keine Arbeitswilligen den Kohlenarbeitern in den Rücken fallen. Heute abend findet eine Konferenz der im Hafengebiet interessierten Zentralverbände statt, in der über die gegenwärtige Situation beraten werden soll.

Die Firma Haniel hatte einen Streikbrecheragenten nach Gustavsburg und Mainz geschickt; es hieß auch, derselbe habe 27 Streikbrecher angeworben. Mit dem 7 Uhr-Zug sollten sie gestern abend hier eintreffen, aber o weh! es kam nicht ein einziger Mann. Eine Jagd auf Arbeitswillige im Odenwald soll gleichfalls kein Ergebnis geliefert haben.

Eine schweizerische Gewerkschaftskonferenz von Vertretern der Zentralvorstände der Berufsverbände fand letzten Sonntag in Olten statt. Sie beschloß, in Sachen der Revision des Fabrikgesetzes vom Industriedepartement in Bern die Bestellung einer aus gleichviel Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zusammengesetzten Expertenkommission zu verlangen, ferner durch das Gewerkschafts-Bundeskomitee, die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei, den Ausschuß des Arbeiterbundes und die Berufsverbände eine gemeinschaftliche Kommission zur Agitation für die Revision des Fabrikgesetzes zu bestellen; an den Bundesrat eine Eingabe zu richten zur Erhöhung der Subvention für das schweizerische Arbeitersekretariat, damit ein italienischer Adjunkt angestellt werden kann; Reorganisation des Gewerkschaftsbundes zur besseren Regelung der Streiks 2c.

Die Organisation der schwedischen Eisenbahner, der schwedische Eisenbahnmänner-Verband, hat sich in den letzten beiden Jahren sehr stark entwickelt. Im Jahre 1903 hatte er in 10 Abteilungen nur einige hundert Mitglieder, 1904 bereits 60 Abteilungen mit beinahe 8000 Mitgliedern, jetzt aber ist die Zahl der Mitglieder auf über 5000 gestiegen und die Zahl der über das ganze Land ausgebreiteten Abteilungen auf 89. Der Verband umfaßt sowohl die Angestellten und Arbeiter der Staats- wie der Privatbahnen.

Gerichtszeitung.

§ **Karlsruher Strafkammer I.** (Sitzung vom 11. Februar.)

Die Anklage gegen den Wirt Anton Letzgus aus Karlsruhe wegen Beleidigung gelangte nicht zur Verhandlung.

Von der Anklage wegen Betrugs wurde der Kutscher Robert Hermann Hesch aus Karlsruhe freigesprochen. Der Angeklagte war beschuldigt gewesen, sich bei einem hiesigen Wirte ein Darlehen von 8 Mk. erschwindelt zu haben.

Einen gefährlichen Dieb und verwegenen Einbrecher nahm die Polizei am 1. Dezember hier in der Person des vielfach vorbestraften Schreiners Christian Hermann Rau aus Schwinden fest. Rau wurde wegen verschiedener Diebstähle verfolgt, die er in Karlsruhe und Pforzheim verübt hatte und die Gegenstand der heute gegen ihn verhandelten Anklage bildeten. Am 27. Okt. entwendete der Angeschuldigte vor dem Hauptpostgebäude in Karlsruhe ein dem Buchhalter Gässer gehörendes Fahrrad im Werte von 200 Mk. In der Nacht vom 29. auf 30. Oktober stahl Rau in Pforzheim dem Kaufmann Max Härdtner aus dessen Schlafzimmer, in das er von der Straße aus eingestiegen war, einen Ueberzieher, ein Portemonnaie mit 18 Mk. Inhalt, eine Uhr mit Kette, eine Schlüsselkette mit Schlüsseln, einen Ring, ein Taschenmessen, 1 Hut, Kragen, Vorhemd, Taschentuch, Kravatte und verschiedene Knöpfe, Gegenstände in einem Gesamtwerte von 128,20 Mk. Einige Tage darauf beging der Angeklagte in Karlsruhe wiederum einen Fahrraddiebstahl; er entwendete im Hofe des Rathauses ein dem Wilhelm Hartmann gehörendes Rad im Werte von 100 Mk. Als der Angeklagte am 1. Dezember sich vor dem Hause Leopoldstraße Nr. 18 in Karlsruhe abermals ein fremdes Rad aneignen wollte, wurde er von einem Schutzmann beobachtet, der ihn sofort verfolgte und auch verhaftete, obwohl Rau nach dem Beamten wiederholt mit einem scharf geladenen Revolver zielte, um ihn einzuschüchtern und zum Aufgeben der Verfolgung zu veranlassen. Das Gericht erkannte gegen Rau auf 6 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

In den übrigen Fällen — Berufungen — ergingen folgende Urteile: Ehefrau W. Frieß, geb. Bucher aus Berwangen wegen Beleidigung 10 Mk. Geldstrafe; Monteur Heinrich Koch aus Paris wegen Betrugs 1 Woche Gefängnis; Taglöhner Josef Reißer aus Daxlanden wegen Bettels und Landstreicherei 2 Tage Haft; Maurer Karl Friedrich Kraft aus Karlsruhe wegen Körperverletzung 1 Woche Gefängnis.

* **Konstanz,** 13. Febr. Das Schwurgericht verurteilte den ledigen 24 Jahre alten Bürstenmacher Gottlieb Bläsi von Villa, sowie die 34jährige verwitwete Fabrikarbeiterin Marie Anna Schäuble geb. Durst von Schönenberg wegen Meineids und Anstiftung hierzu zu $1\frac{1}{2}$ bezw. 3 Jahren Zuchthaus und je 5 Jahren Ehrverlust.

* **Heidelberg,** 13. Febr. Die Strafkammer verurteilte den Hauptlehrer Welde wegen fortgesetzter Mißhandlung seiner Ehefrau zu 1 Jahr Gefängnis. Welde wurde sofort verhaftet. (Frankf. Ztg.)

Badische Chronik.

* **Karlsruhe,** 14. Febr.

* **Ultramontane „Wahrheitsfreunde"** gingen gelegentlich der Sammlung für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier mit der Behauptung hausieren, der Textilarbeiterverband habe beim Crimmitschauer Streik einen Ueberschuß von 300000 Mark gemacht. Die ultramontanen „Wahrheits"apostel hatten die Kenntnis von diesem Ueberschuß nicht etwa aus der Abrechnung über den Streik geschöpft, sondern das nachgebetet, was der Vertreter der Crimmitschauer Textilbarone, der Herr Rechtsanwalt Tietze, über den Ueberschuß in die Presse brachte. Es ist bezeichnend für die ultramontanen Wahrheitsfreunde und Arbeiterführer, daß sie das, was in einem Unternehmerblatt über eine Arbeiterorganisation behauptet wird, als ein Evangelium betrachten und mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer weiter verbreiten. Nun ist die Abrechnung über den Crimmitschauer Streik fertig und sie beweist, daß Herr Tietze gewaltig aufgeschnitten hat. Die Gesamteinnahmen beim Streik in Crimmitschau beliefen sich auf 1 223 275,44 Mk. Davon waren den Mitteln des Textilarbeiterverbandes entnommen 208 271,18 Mk. In der Zeit vom 2[illegible]. August 1903 bis zum 18. Januar 1904, dem Tage der Beendigung des Streiks, waren 929 630,66 Mark verausgabt.

Mit der Aufhebung des Streiks und der Aussperrung waren aber am 18. Januar **noch lange nicht die Aufgaben der Streikleitung erledigt.** Es ist bekannt, daß die Einstellung der 7500 wackeren Kämpfer und Kämpferinnen nur allmählich erfolgte, daß ein Teil weiter unterstützt werden mußte und **Maßregelungen** infamster Art gegen dieselben erfolgten. Der Textilarbeiterverband mußte für diese Opfer des Kampfes weiter eintreten. Vom 19. Januar bis 31. Dezember 1904 wurden deshalb **für Gemaßregelte** weiter ausgegeben **196 006,19 Mk.** und an **Mietsunterstützung** gezahlt 1374,80 Mk. An in Not geratene Kollegen wurden außerdem noch außerordentliche Unterstützungen in Höhe von 2357,14 Mk. gezahlt. Für diejenigen, welche vom Crimmitschauer Unternehmertum dauernd gemaßregelt waren, mußte man 8851,25 Mk. an Umzugs- und Reisekosten ausgeben; auch fremde Arbeitswillige mußten, nachdem sie das dankbare Unternehmertum auf die Straße geworfen hatte, noch fortgeschafft werden.

Alles in allem wandte der Textilarbeiter-Verband nach der offiziellen Beendigung des Kampfes im Jahre 1904 noch 215 999,16 Mk. auf. Der darnach verbleibende Ueberschuß beträgt 77 645,62 Mk. Berücksichtigt man, daß der Textilarbeiterverband einen weit höheren Betrag, über 200 000 Mk., aus seinen eigenen Mitteln zu den Kosten des Streiks beigetragen hat und damit seine Finanzen aufs äußerste erschöpft hatte, so wird man nicht viel dagegen einwenden können, wenn der Ueberschuß der betr. Organisation verbleibt, damit ihre Aktionsfähigkeit aufrecht erhalten werden kann.

Die ultramontanen „Wahrheitsfreunde" wissen nun nicht, wie sie sich aus der Verlegenheit herauswinden sollen, in die sie durch ihre Nachbeterei der falschen Meldungen eines Anwalts der Unternehmer gerieten. Weil es anders nicht geht, macht der „Beobachter" an seiner früheren Meldung von dem 300 000 Mk.-Ueberschuß eine Korrektur. Aber anstatt offen und ehrlich einzugestehen, daß man getäuscht wurde und daß man unwahre Behauptungen verbreitet hat, wird die Wahrheit aufs neue malträtiert. Zunächst wird dem Vorsitzenden des Textilarbeiter-Verbandes der Vorwurf gemacht, daß er „viel Zeit gebraucht" habe, um die Rechnungen abzuschließen. Dabei weiß man aber im „Beobachter" ganz gut, daß bis Ende 1904 aus den Mitteln des Streikfonds Unterstützungen bezahlt wurden, daß vorher also ein Abschluß der Rechnung nicht möglich war. Weiter behauptet das „wahrheitsliebende" Karlsruher Zentrumsblatt, daß 196 000 Mk. **für die nicht wieder eingestellten Streikführer, die damit ein ganzes Jahr hätten durchgeschleppt werden müssen,** verwendet wurden. In solchem Tone äußert sich also ein Blatt, das auch als arbeiterfreundlich gelten will, über die Opfer des Crimmitschauer Kampfes. Das sind nette Beispiele ultramontaner Wahrheitsliebe und Arbeiterfreundlichkeit, recht geeignet, denen die Augen zu öffnen, die ihren eigenen Interessen als Arbeiter zuwider noch am Zentrumskarren ziehen.

* **Die „Bad. Landeszeitung"** paradiert mit dem Beschlusse des Mannheimer Stadtrats, den Bergarbeitern im Ruhrrevier 1000 Mk. zu bewilligen. Es wäre u. E. für die „Landeszeitung" sehr naheliegend gewesen, den Karlsruher Stadtrat zur Nachahmung zu ermuntern. Eine Geldbewilligung aus städtischen Mitteln zur Linderung der Not der Ruhrbergleute wäre der Zustimmung der Einwohnerschaft jedenfalls in weit höherem Maße sicher gewesen, als die Verausgabung städtischer Mittel für Kronprinzengeschenke. Der Karlsruher Stadtrat hat aber, wie aus der stillschweigenden Uebergehung der von uns gegebenen Anregung zu schließen ist, für die in Not geratenen Bergarbeiter nichts übrig. Unter diesen Umständen hätte die „Landeszeitung", anstatt mit dem Beschluß des Mannheimer Stadtrats zu paradieren, die Zugeknöpftheit des Karlsruher Stadtrats rügen sollen.

* **Die Studentenversammlung,** die der Ausschuß der Studentenschaft auf gestern einberufen hatte, war von etwa 1200 Studierenden besucht. Es wurden folgende Resolutionen gefaßt: „Die schon des öfteren von den verschiedensten Gesichtspunkten aus betrachtete Frage der Existenzberechtigung der konfessionellen Korporationen ist auf der heutigen allgemeinen Studentenversammlung von rein studentischem Gesichtspunkte aus von neuem behandelt worden. Die Karlsruher Studentenschaft vertritt dabei die Ansicht, daß die betreffenden Korporationen eine Existenzberechtigung an technischen Hochschulen nicht besitzen. Unsere Gründe dafür sind folgende: 1. Eine studentische Korporation soll nur auf rein studentischer oder auf einer in das Lehrgebiet der betreffenden Hochschule einschlagenden wissenschaftlichen Grundlage aufgebaut sein. Die Religionswissenschaft ist nicht Sache der technischen Hochschule. Somit haben an technischen Hochschulen religiöse Korporationen keine Berechtigung. Die Studentenschaft achtet und ehrt die religiöse Ueberzeugung eines jeden, verweist aber Gesellschaften, die sich religiösen Zwecken hauptsächlich widmen, aus dem Rahmen der rein studentischen Organisationen. 2. Die Erziehung des deutschen Studenten zur Mannhaftigkeit und Wahrhaftigkeit, die den Grundzug des deutschen Studentenlebens bildet, sowie die akad. Freiheit haben dem deutschen Studenten eine bevorzugte Stellung in Deutschland geschaffen. Somit sind Korporationen, welche für diese allgemeinen studentischen Grundsätze nicht eintreten, sich aber der Oeffentlichkeit gegenüber doch von anderen Korporationen nicht unterscheiden wollen, dazu angetan, die Studentenschaft aus ihrer bevorzugten Stellung zu verdrängen. 3. Indem die konfessionellen Korporationen zwar nicht statutengemäß, aber tatsächlich, ausschließlich Angehörige den betreffenden Konfession aufnehmen, verschärfen sie der leider bestehenden Gegensatz der Konfessionen und rufen in diesem Sinne in der Studentenschaft eine Spaltung hervor, die dann in die bürgerliche Gesellschaft hineingetragen wird. Solange daher die Studentenschaft sich und ihrer Tradition treu bleiben will, ist es ihre Pflicht, stets von neuem gegen Körperschaften vorzugehen, die dem Grundprinzip alles akademischen Lebens entgegenstehen, deren bloßes Vorhandensein die Ruhe und den Frieden der Studentenschaft schwer schädigen. Aus all diesen Gründen bittet die Studentenversammlung Rektor und Senat, die Verbindungen: Laetitia, Normannia, Wingolf aufzulösen und Neugründungen von ähnlichen Korporationen für die Zukunft zu verhindern, indem die Disziplinarvorschriften dahin geändert werden, daß Korporationen auf konfessioneller und politischer Grundlage nicht gestattet sind".

„Obwohl die Karlsruher Studentenschaft selbst keine Veranlassung hat, eine Beschränkung der akademischen Freiheit in Baden zu befürchten, fühlt sie sich doch verpflichtet, anläßlich der Vorgänge in Hannover, Braunschweig und Charlottenburg die Versicherung zu geben, daß sie stets für die Wahrung der akademischen Freiheit auf Deutschlands Hochschulen eintreten wird. Sie spricht deshalb ihren Kommilitonen in Hannover, Braunschweig und Charlottenburg ihre volle Sympathie aus im Kampfe gegen die Unterdrückung der altüberlieferten akademischen Vorrechte. Sie bezeichnet insbesondere das Verbot, in Fragen, welche die ganze deutsche Studentenschaft bewegen, mit anderen Hochschulen in Verbindung zu treten, einen schweren Eingriff in die Rechte der Selbständigkeit der akademischen Jugend." Beide Resolutionen wurden einstimmig mit Ausnahme der konfessionellen Verbindungen angenommen.

Die Schwärmer für die sogenannte „akademische Freiheit" wollen also den konfessionellen Verbindungen das Lebenslicht ausblasen. Wir können nicht finden, daß die konfessionellen Verbindungen gegen die „akademische Freiheit" verstoßen. Gewiß sind die konfessionellen Verbindungen nicht aus wissenschaftlichen Beweggründen entstanden; aber was haben denn die übrigen studentischen Verbindungen mit wissenschaftlichen Bestrebungen zu tun? Wenn die Herren Studenten so sehr für die akademische Freiheit schwärmen, warum schwiegen sie still, als kürzlich ihren russischen Kommilitonen verboten wurde, ihre Sympathie für die Freiheitskämpfer in ihrem Vaterlande öffentlich zu bezeugen? Man darf es uns aus all' diesen Gründen nicht verargen, wenn wir die Freiheitsschwärmerei des Studententums nicht ernst nehmen.

* * *

Pforzheim, 14. Febr.

In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins am vergangenen Samstag stand die Frage der Besetzung einer der Kandidaturen für die bevorstehende Landtagswahl erneut auf der Tagesordnung. Erstmals hatte in dieser Sache die Mitgliederversammlung am Stefanstage vor. Js. einen Beschluß gefaßt, nach welchem zwei Parteigenossen als Kandidaten nominiert wurden. Nun hat vor kurzem einer derselben unter Darlegung stichhaltiger Gründe das Wahlkomitee ersucht, ihn von der Kandidatur zu entbinden. Das Komitee berief deshalb auf vergangenen Samstag eine Mitgliederversammlung und machte derselben die Gründe der Ablehnung des betreffenden Genossen bekannt, worauf die Versammlung beschloß, letzteren seines Versprechens zu entheben und einen anderen Genossen mit der Kandidatur zu betrauen.

Die Versammlung beschäftigte sich noch eingehend mit der bei der kommenden Bürgerausschuß- und Landtagswahl in Pforzheim einzuschlagenden Taktik. Aus der Mitte der Versammelten, sowie auch von dem neuen Kandidaten wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß seitens der Parteigenossen dieses Jahr alles aufgeboten werden muß, um die Schlappe von früher mit einem Sieg wettzumachen. Es ist dringend nötig, daß die politische Organisation eine Stärkung erfährt, und es ist zumindest die Pflicht jedes „Volksfreund"-Lesers, soweit er noch nicht Mitglied des sozialdemokratischen Vereins ist, dieses sofort nachzuholen. Eine weitere Pflicht hat jeder Leser, und zwar die, für die Verbreitung des „Volksfreund" bedacht zu sein. Es sollte sich jeder der geringen Mühe unterziehen, im Monat einen neuen Abonnenten zu gewinnen. Die Sozialdemokratie wird nur dann in Pforzheim ausschlaggebend sein, wenn der Leserkreis des „Volksfreund" im richtigen Verhältnis zu der großen Masse der hiesigen Arbeiterschaft steht. **Es wird deshalb erwartet, daß jeder in diesem Monat seine Pflicht tut, so daß der Abonnentenstand am Anfang des nächsten Monats sich mindestens verdoppelt.**

* * *

Durlach, 13. Febr. Bei dem Gewerkschaftskartell Durlach sind weitere Beiträge für die streikenden Bergarbeiter eingegangen:

Sängersektion des Arbeiterbundes Vorwärts gesammelt 21,80 Mk. — Nachtrag auf Liste Nr. 3 50 Pf. — Chemische Fabrik, Liste Nr. 67 14,50 Mk. — Von den Brauern, Liste Nr. 66 9,40 Mk. — Beim Maskenball des Arbeiterbundes Vorwärts gesammelt 20 Mk. — Sammelliste Nr. 60 durch König 12 Mk., darunter 7,70 Mk. vom Baugeschäft Baum u. Schäfer Karlsruhe. — Von Hutmacher Neumayer 1 Mk. — Liste Nr. 30, Nachtrag, 6 Mk., darunter von Bodenmüller 4 Mk. — Liste Nr. 64 (3. Rate), Gerberei Oschmann, 3,10 Mk. — Von einem Farblederzurichter 50 Pf. — Liste Nr. 58, Weißlederzurichtzimmer, 8,70 Mk. — Liste Nr. 59, Farblederzurichtzimmer, 6 Mk.

Zusammen 103,50 Mk., bisher quittiert 1057,43 Mk., Summa **1160,93 Mk.**

Weitere Beiträge nimmt entgegen und gibt Sammellisten aus Gustav Schönberg, Kartellkassier, Gasthaus zum „Lamm", 2. Stock, sowie Heinrich Neye, Kartellvorsitzender, Seboldstraße 16.

Von früheren Quittungen ist folgendes zu berichtigen: Statt Liste Nr. 64, gezeichnet 1,40 Mk. muß es heißen: Liste Nr. 62 durch Gaißler gesammelt 1,40 Mk. — Statt Liste Nr. 55 muß es heißen: gesammelt 10,40 Mk. durch Friedrich Jäck Verpackung 3 (Gritzner).

K **Haslach i. K.**, 12. Febr. Als neulich die Stadtverwaltung unter Hinzuziehung des Ausschusses sich über die Rentabilität unseres elektrischen Werkes die Köpfe zerbrach, kam man zu dem Entschluß, den Preis pro Kilowattstunde auf 5 Pfg., wie bisher, zu belassen. Für Abnehmer von hundert, bezw. zweihundert Mark einen 10—20 prozentigen Rabatt zu gewähren, mit der Begründung, das Werk müsse sich noch besser rentieren. Nun haben wir aber hier mit vielen kleinen Lichtabnehmern zu rechnen, welche unter hundert Mark jährlich bezahlen, also von einer Vergünstigung ausgeschlossen sind. Da, wie jedermann weiß, das Werk viel Unkosten verursacht hat, sollte man meinen, durch gerechtes Entgegenkommen gegenüber den Abnehmern einen möglichst großen Anschluß zu erzielen. In letzterem Punkte scheint man jedoch recht engherzig zu sein, sonst würde man nicht die kleinen Abnehmer so stiefmütterlich behandeln.

Weil nun letztere keine Lust haben, den Großabnehmern ihr Licht bezahlen zu helfen, greifen eben viele wieder zum Petroleum. Wer den Schaden hat, ist gut auszurechnen. Vor neuen Anschlüssen hat man jedenfalls Ruhe und braucht niemand bange zu sein, daß die neue 68 pferdige Maschine zu schwach wird. Bedauerlich ist es jedoch für die kleinen Lichtabnehmer, daß sie sich in Unkosten betreffs Installierung gestürzt haben, indem man ihnen versprach, nach einem Probejahr werde das Licht auch für sie billiger. Man ist doch mit den Kraftabnehmern sofort auf einen niedrigeren Tarif eingegangen. Es wäre unseres Erachtens besser, sich mit den Licht-, bezw. Kraftabnehmern in Zukunft direkt zu verständigen, als mit Leuten, die wenig oder kein Interesse daran haben. Auf diese Weise würde mancher Mißton in der Gemeinde vermieden werden.

× **Furtwangen**, 11. Febr. Zum erstenmal hält die organisierte Arbeiterschaft eine Fastnachts-Unterhaltung mit Maskenball und zwar am Montag den 6. März (Fastnacht) im Saale zur Vorstadt ab. Das Arrangement hat der Gesangverein „Lassallia" übernommen. Der Eintritt ist so bemessen, daß es jedermann möglich ist, sich einige vergnügte Stunden zu verschaffen. Wir hoffen, daß sämtliche organisierte Arbeiter mit ihren Familienangehörigen sich dazu einfinden werden. Das Programm ist ein humoristisches, auch ist für gute Musik gesorgt. Das Nähere wird später im „Volksfreund" bekannt gegeben.

* **Konstanz**, 13. Febr. Gestern morgen um 3 Uhr brach, wie angenommen wird, durch Brandstiftung in dem Holz- und Kohlenlagerschuppen von Matthias Grundler Feuer aus, das rasch auf das anstoßende bewohnte Nebengebäude übergriff und dasselbe größtenteils zerstörte. Die Bewohner konnten rechtzeitig flüchten. Der entstandene Schaden beträgt etwa 20 000 Mk. und ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

* **Osterburken**, 13. Febr. Heute Mittag als auf dem Bahnhofe ein Extragüterzug zusammengestellt wurde, geriet der Bremser Uehlein unter die Räder und wurde getötet. Uehlein hinterläßt eine Witwe und 4 Kinder. Er war in Gerlachsheim wohnhaft.

Neues aus aller Welt.

Von der Gräfin Montignoso.

Florenz, 12. Febr. Zur Angelegenheit der früheren Kronprinzessin von Sachsen meldet die „Neue freie Presse" in Wien unter anderem: „Vor vier Tagen traf Justizrat Koerner in Florenz ein und stellte sich bei der Gräfin als Vertrauensmann des Königs vor. Er verhörte das Gesinde und ließ den Arzt, der das erkrankte Prinzeßchen behandelte, vor den deutschen Konsul rufen, damit er dort erkläre, ob es wahr sei, daß das Kind von der Mutter schlecht behandelt oder sogar mißhandelt werde. Der Arzt beteuerte, daß die Gräfin dem Kinde die zärtlichste Sorgfalt angedeihen lasse, und Justizrat Koerner beglückwünschte darauf die Gräfin, indem er ihr sagte, er werde dem König alles mitteilen. Gestern erfuhr die Angelegenheit eine plötzliche Wendung. Wieder besetzte die Polizei alle Zugänge zu der Villa der Gräfin, und Justizrat Koerner ließ die Gräfin in's deutsche Konsulat bitten, wo er ihr barsch mitteilte, der Lebenswandel, dem sie sich ergeben habe, veranlasse den König, ihr das Kind 3½ Monate vor der festgesetzten Zeit (dem 15. Mai) zu entziehen. Der Justizrat ließ sich bei dieser Gelegenheit zu heftigen und beleidigenden Worten hinreißen, sodaß der deutsche Konsul tief erschüttert und weinend bat, nicht zu vergessen, daß er eine Dame vor sich habe. Der Justizrat soll erklärt haben, er werde der Gräfin das Kind, wenn es nicht anders gehe, mit Gewalt fortnehmen; die italienischen Behörden seien auf seiner Seite."

Rom, 12. Febr. Die Abendblätter melden aus Florenz: Justizrat Körner ist heute Nachmittag von Rom zurückgekehrt. Die Advokaten der Gräfin konferieren wahrscheinlich heute noch mit ihm; sie erklären, daß die Gräfin die Prinzessin Monica nicht aushändigen werde; sie vertreten die Ansicht, daß der Aushändigungsbefehl einer fremden Behörde erst durch das Urteil eines italienischen Appellationsgerichts gutgeheißen werden müsse.

Rom, 12. Febr. Die öffentliche Meinung in ganz Italien beginnt für die Gräfin Montignoso offen Partei zu nehmen. Das Benehmen des Justizrats Körner wird höchst abfällig beurteilt.

Salzburg, 11. Febr. Am hiesigen toskanischen Hofe hat die Art und Weise der Behandlung, welche die Gräfin Montignoso in den letzten Tagen von Beamten des sächsischen Königshauses erfahren hat, Entrüstung hervorgerufen. Seit der Rückkehr von Dresden wurde die Gräfin Montignoso in Florenz von sächsischen Detektivs überwacht. Wenn von der toskanischen Familie bisher Vorstellungen gegen das Vorgehen der Abgesandten des sächsischen Hofes nicht erhoben wurden, ist dies wohl zuerst auf den leidenden Zustand des Großherzogs von Toskana zurückzuführen, der aller Schonung bedarf. Der toskanische Hof wird nunmehr gegen weitere Schritte Einsprache erheben. Die Gerüchte über einen unsittlichen Lebenswandel der Gräfin, wie sie von Dresden aus in die Welt gesetzt werden, werden hier als entstellt bezeichnet; sie sollen nur den Zweck haben, die Prinzessin Monika von ihrer Mutter zu trennen.

Mailand, 13. Febr. Der „Corriere della Sera" meldet aus Florenz: Die Advokaten der Gräfin Montignoso fordern, daß das Urteil des sächsischen Spezialgerichts, das die Prinzessin Monica dem König zuspricht, vor seiner Ausführung in Italien durch die italienischen Gerichte bestätigt werde. Die Gräfin bezeichnet die neuen Anschuldigungen nur als Mittel, um die Zurücknahme der Prinzessin Monicas zu rechtfertigen. Carlo Guicciardini hat dem Großherzog Ferdinand von Toskana brieflich sein Ehrenwort gegeben, daß die Beschuldigungen grundlos seien. Unterdessen ist ein Ueberwachungsdienst eingerichtet, um die Fortführung der kleinen Prinzessin durch einen Handstreich zu verhindern.

Deutscher Reichstag.

(190. Sitzung.)

Berlin, 13. Februar.

In der fortgesetzten Beratung der Handelsverträge widerspricht

Minister Frhr. **v. Rheinbaben** der Behauptung Singers, daß bei den Handelsverträgen tausende kleiner Leute zugunsten einiger Großgrundbesitzer geschädigt würden. Bei der Würdigung der Handelsverträge habe man sich 3 Fragen vorzulegen: 1. ob der Schutz der Landwirtschaft insbesondere dem kleinen Grundbesitz zugute kommt; 2. ob dieser Schutz notwendig ist für die deutsche Landwirtschaft und 3. ob dieser Schutz verträglich ist mit den Interessen der anderen Volksschichten. Redner weist darauf hin, daß die Landwirtschaftskammern einstimmig die Notwendigkeit betonten, gerade im Interesse der kleinen Landwirte einen Zollschutz zu haben. Der Minister nimmt dann Gelegenheit, auf den Ausdruck von „Vergifteten Waffen" zurückzukommen; er wollte damit sich gegen die Agitation wenden, die damit kämpfte, daß sie einige Leute namhaft machte, um dererwillen die Bevölkerung ausgepowert werde. Nun ergaben die Nachweisungen des Grafen Posadowsky, daß die kleinen Besitzer ein großes Interesse an den Getreidepreisen haben. Die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehnte ging zugunsten von Handel und Industrie und zu Ungunsten der Landwirtschaft. In 10 Jahren nahm die ländliche Arbeiterschaft um 400 000 Mann ab. Ferner ist die finanzielle Leistungsfähigkeit auf dem Lande nach der Einkommensteuerstatistik um 2 Prozent unter dem Durchschnitt. Redner fragt dann, ob der Schutz der Landwirtschaft verträglich sei mit dem Interesse der übrigen Stände. 1888 bis 1891 hatten wir beinahe denselben Zoll wie jetzt, aber die Getreidepreise sind nicht gestiegen, sondern gefallen. Unsere Zölle sind geringer als die des Auslandes. Sodann ist die Zahl der Einkommensteuerzahler von 9 auf 32 Prozent gestiegen, ein Beweis, wie viele in steuerpflichtige Kategorien aufgestiegen sind. Auch die Steuereinlagen verdoppelten sich in 10 Jahren. 2½ Milliarden sind im Besitz der kleinen Leute, das spreche doch dagegen, daß die Vorlagen mörderische sein werden. Die Sozialdemokratie müsse aus politischen Rücksichten handeln. Sie wolle ja ein Paradies aus diesem Jammertale machen; daher müßte sie eigentlich für die kleinen Bauern und für die Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter sorgen, die doch lediglich aus der erhöhten Produktivität der Landwirtschaft eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse erwarten können. (Beifall rechts.)

Abg. **Nißler** (Deutschkons.) führt aus: Die Sozialdemokraten hätten mit jedem hier gesprochenen Worte bewiesen, daß sie Feinde der Landwirtschaft seien. Seine Partei könne die Handelsverträge vom Standpunkte der kleinen Landwirte nicht ganz gut nennen. Bei der Futtergerste setzte man einen zu niedrigen Zoll an. Noch mehr leidet der Hopfenbau. Die vermehrte Schweineeinfuhr werde auch die Preise drücken. Mit den Viehzöllen könne man im Allgemeinen zufrieden sein.

Beumer (natl.) führt aus: Die Industrie habe schon früher erklärt, keine Bevorzugung auf Kosten der Landwirtschaft anzustreben. Derselben Meinung waren auch seine Freunde, deshalb können sie der Freude Ausdruck geben, daß diese Seite des Vertragswerkes gelungen zu sein scheine. Von den Industriezöllen erhalte man aber erst ein richtiges Bild, wenn man die Sätze des Auslandes mit den unseren zusammenstelle; dann erhalte man aber ein trauriges Bild. Redner legt dies durch Zitierung der Zollsätze Oesterreichs, Italiens und der Schweiz bei verschiedenen Arten von Eisen und Dampfmaschinen dar. Auch die Silberindustrie und die Papierindustrie seien in den Verträgen geschädigt. Die Leder- und Ziegelindustrie erheben auch schwere Klagen.

Abg. **Sartorius** (freis. Volksp.) meint, der absolute Schutz der Landwirtschaft wäre berechtigt, wenn sie unsere Bedürfnisse decken könnte; sie könne dies aber nicht mehr. Daher müsse man Tauschobjekte schaffen, mit denen wir vom Auslande das Nötige erhalten. Diese Objekte schaffen Handel, Gewerbe und Industrie. Daher sei auf diese in erster Linie Rücksicht zu nehmen. Der bisherige Schutz der Landwirtschaft war ausreichend. (Unruhe rechts.) Die landwirtschaftlichen Zölle nutzten namentlich dem Großgrundbesitz, sie schadeten vielfach dem Mittleren und Kleinen. Der Redner geht dann auf verschiedene Zollsätze ein, namentlich für Saaten, Gerste und Hopfen. Der vorliegende Tarif sei so kompliziert, daß eine Menge Scherereien entstehen werden. Der Redner tritt dann für die Abgabenfreiheit der Wasserstraßen im Interesse des pfälzischen Weinbaues ein.

Abg. **Kardorff** (kons.) führt aus: Wenn der deutsche Körnerbau geschützt werde, könne Deutschland seinen Bedarf an Brotgetreide allein hervorbringen. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen sei so groß, daß eine Besserstellung der Landwirtschaft vollkommen ausreichen wird, um das gut zu machen, was die Eisenindustrie am Export nach denjenigen Ländern etwa verlieren sollte, bei denen jetzt die Zölle erheblich erhöht wurden. Kardorff spricht schließlich den Regierungen seine Zufriedenheit aus, daß sie der Landwirtschaft soweit entgegengekommen seien. (Beifall rechts.)

Geh. Rat **Schönebeck** führt gegenüber Beumer aus, so ungünstig, wie dieser die Lage geschildert habe, sei sie nicht. Der Export von Maschinen werde nicht geschmälert werden. Den ausländischen Erhöhungen stehen eine Reihe von Ermäßigungen gegenüber.

Abg **Hodenberg** (Welfe) erklärt: die vorliegenden Verträge bedeuten trotz aller Bemängelungen einen Erfolg der Regierung. Seine Freunde stimmen den Verträgen zu.

Abg. **Dove** (freis. Vp.) fragt v. Kardorff, welcher die Linke für das Sinken des Niveaus des Reichstags verantwortlich machte, ob etwa die Rede Reventlows geeignet sei, das geistige Niveau des Hauses zu heben? (Sehr gut, links.) Wenn Beumer über die Erhöhung der Industriezölle klage, könne man nur sagen: „Tu l'as voulu, Georges Dandin." Redner gibt dann zu, daß eine Anzahl Erleichterungen und Fortschritte unläugbar erreicht worden seien. Beim Abschluß von Handelsverträgen müsse man das ganze Wirtschaftsleben im Auge haben und namentlich auch das Interesse der Konsumenten.

Abg. **Stauffer** (Vd. d. Ldw.) hält langfristige Handelsverträge nicht geeignet für die Landwirtschaft wegen der unabhängigen Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte. Die Agrarier sehen die in Aussicht genommenen Agrarzölle nur als einen Notbehelf an. Als definitives Heilmittel erkennen sie nur den autonomen Zolltarif mit Minimal- und Maximalzöllen an.

Abg. **Heim** (Zentr.) spricht sich für Ueberweisung der Handelsverträge an eine Kommission aus und wünscht in der Kommission Aufklärung über die Viehseuchen-Konvention, bei der gerade der kleine Landwirt und Arbeiter größtes Interesse habe. Die Regierung möge dafür sorgen, daß die Kartelle nicht die kleinen Industriellen strangulieren.

Minister Freiherr **v. Feilitzsch** erwidert: Bayern gegenüber seien alle gesetzlichen Bestimmungen gewahrt worden. Ich habe einen Ausgleich zwischen allen berechtigten Interessen gesucht und ich habe die Verträge angenommen, weil ich hoffe, daß sie zum Nutzen des Vaterlandes dienen werden.

Staatssekretär **Posadowsky** bemerkt: Bayern sei in keiner Weise benachteiligt worden.

Um halb 8 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Zur Beendigung des Generalstreiks im Ruhrrevier.

Die Wiederaufnahme der Arbeit

nimmt mit jedem Schichtwechsel zu. Die Zahl der Arbeitenden dürfte heute auf rund 180 000 steigen, daß immerhin noch rund 70 000 Mann auf Wiedereinstellung warten. Wenn sich diese Zahl auch in den nächsten Tagen noch stark vermindern wird, so steht doch heute schon fest, daß Tausende auf längere Zeit hinaus unterstützt werden müssen, weil ihre Wiedereinstellung vorab fraglich sein wird. Deshalb ist es erforderlich, daß in den

Sammlungen für die Bergarbeiter

fortgefahren wird; diese wackeren Kämpfer darf die deutsche Arbeiterschaft nicht untergehen lassen.

Dortmund, 13. Febr. In den hiesigen Revieren sind die Belegschaften fast vollzählig angefahren. Gestern Abend trafen 60 Schutzleute aus Berlin ein, die für Essen und Gelsenkirchen bestimmt waren, wo es am Samstag noch unruhig war. Heute ist auch dort alles ruhig.

Essen (Ruhr), 13. Febr. Im Essener Revier ist jetzt Ruhe eingetreten. Die heutige Morgenschicht ist vollzählig angefahren.

Bochum, 13. Febr. Heute sind bis auf 40 000 Arbeiter alle angefahren. Der übrige Teil hat einstweilen abgelehnt.

Kardinal Fischer,

der Erzbischof von Köln, ließ der „Essener Volksztg." eine zweite Spende von tausend Mark zugehen mit folgendem Schreiben: Anbei übersende ich weitere eintausend Mark zur Unterstützung notleidender Bergarbeiterfamilien und füge den Wunsch bei, daß die Bergleute sämtlich sich dem Beschlusse der Delegiertenversammlung vom 9. Februar anschlössen und, unbeirrt durch unüberlegte Aufreizereien, überall die Arbeit wieder aufnehmen.

Der Herr Kardinal hätte die Warnung vor Aufreizereien nicht an die Arbeiter, sondern an die Kohlenbarone richten sollen; sie sind es, welche die Arbeiter aufgereizt haben.

Die böhmischen Bergarbeiter.

Prag, 13. Febr. In Brüx, Tschausch und Falkenau wurden Bergarbeiterversammlungen abgehalten, bei denen ausgesprochen wurde, daß die Situation für das Eintreten in einen Ausstand ungünstig sei. In Falkenau wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die schlechten Verhältnisse die Bergarbeiter leicht wider ihren Willen in einen Ausstand treiben könnten.

Unterstützung aus England.

w. **London**, 13. Febr. In einer heute hier abgehaltenen Sonderversammlung der Delegierten der Bergarbeitervereinigung von Großbritannien wurde mitgeteilt, daß bis jetzt 4000 Pfund Sterling für die streikenden deutschen Bergarbeiter gezahlt worden sind und beschlossen, nachdem nunmehr der Kampf beendigt ist, noch einen einmaligen Beitrag von 2000 Pfund Sterling zu leisten.

Vom belgischen Kohlenstreik.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß der Kapitalismus in allen Ländern des Erdballs dieselbe Sprache spricht, so brauchte man nur zu vergleichen, was die belgischen Unternehmer sagen und was die deutschen Herren Stinnes, Thyssen und Konsorten erzählen. So mußten denn die Delegierten der belgischen Kohlen-Bergleute dieser Tage zu hören bekommen: „Wir weigern uns, sozialdemokratische Führer zu empfangen; wir werden nur mit „Unseren" Arbeitern verhandeln. . . . ." Als nun „Unsere" Arbeiter wirklich erschienen, hieß es: „Die schlechte Finanzlage erlaubt uns nicht, die Löhne zu erhöhen. . . . ." (In der Tat sind bis jetzt außer in Grand-Hornu (Borinage), wo eine Lohn-Erhöhung von 10 Proz. zugesagt wurde, nirgends Konzessionen gemacht worden.) Der Hinweis auf „die schlechte Finanzlage" ist natürlich eitel Schwindel; denn nach wie vor liegen die Dinge für die belgischen Kohlen-Magnaten äußerst günstig. Zum Glück ist es möglich, an der Hand der Statistik bis zum Jahre 1845 zurückzugehen und zu beweisen, daß der belgische Kapitalismus in diesen 59 Jahren aus den Kohlengruben über 968 Millionen — fast eine Milliarde — in baar gezogen hat! Der Mehrwert, den die Bergwerke an sich seit ihrer Erschließung repräsentieren, ist dabei gar nicht mit berücksichtigt, ebensowenig wie die Tatsache, daß manche Aktien sich im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Kurse um das Vierfache erhöht haben!

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die belgische Regierung trotz alledem Miene macht, die kürzlich im Norden des Landes entdeckten Kohlenschätze der „Campine" wieder in die Hände gewissenloser, beutelüsterner Privatspekulanten wandern zu lassen, so fällt es schwer, die solcher Rücksichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit gebührende Kritik zu unterdrücken. Der belgische Herr Handelsminister studiert schon die 58 eingelaufenen Konzessionsgesuche zur Ausbeutung der neuen Kohlengruben. Vielleicht entscheidet er sich für diejenigen Kapitalisten, deren Renommee auch in der Campine für die Zahlung ebensolcher Schandlöhne bürgt wie im Borinage, in Charleroi usw.?

Die Revolution in Rußland.

Moskau, 13. Febr. Gestern fand hier im Volkshause eine Versammlung der Arbeiter der mechanischen Industrie statt. Gegenstand der Beratung war die von den hiesigen Fabrikanten dem Finanzminister unterbreitete Denkschrift, in der die Fabrikanten ihre Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter sowie die Forderungen nach einer Verfassung mitteilten.

Moskau, 13. Febr. Heute wurde die Moskauer Semstwo-Versammlung eröffnet. Sie nahm eine Resolution an, welche besagt, daß es ihr unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich sei zu arbeiten. Morgen findet hier eine von der Universität und den Behörden genehmigte Studentenversammlung statt.

Petersburg, 13. Febr. (Petersb. Telegr.-Agentur.) In Lodz wurden auf den Kirchhöfen 144 Personen beerdigt, die bei den letzten Unruhen umgekommen sind. 200 Verwundete liegen in den Krankenhäusern. Ein Teil der Arbeiter erschien heute Morgen in den Fabriken und trat um 10 Uhr wieder in den Ausstand. Die Straßenbahnen sind seit 16 Tagen nicht mehr im Betriebe. Die Straßen sind ruhig.

w. **Petersburg**, 14. Febr. In den Sitzungen des Ministerkomitees von gestern und vom 11. d. M. erörterte man die Fragen betr. legislativer Maßnahmen im Fabrikwesen, die zur Beruhigung des Industrielebens dringend notwendig sind. Prinzipiell wurde festgestellt, daß die Leitung des Industriewesens Aufgabe des Finanzministeriums bleiben solle. Das Ministerkomitee beschloß, den Finanzminister zu beauftragen, unverzüglich folgende Gegenstände zu beraten: 1. Organisation der in gewerblichen Anstalten aus Mietverträgen entstehenden Fragen. 2. Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiter. 3. Aenderung der bestehenden Gesetze für Streiks, die ausschließlich wirtschaftlichen Charakter tragen und nicht mit Ruhestörungen verbunden sind. 4. Aerztliche Hilfe für Arbeiter. 5. Umfang der Rechte und Obliegenheiten der Fabrikinspektoren. Die Beratung dieser Fragen soll einer besonderen Kommission unter dem Vorsitz des Finanzministers übertragen werden. Die Angaben von Fabrikbesitzern und Arbeitern sollen in Betracht gezogen werden.

Warschau, 14. Febr. Die Gesamtzahl der verhafteten Personen beträgt 600, darunter 31 bekannte Verbrecher. Eine Versammlung der Druckereibesitzer bewilligte die geforderten Lohnerhöhungen. Die Zeitungen erscheinen am Mittwoch wieder.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Tokio, 13. Febr. (Reuter.) Die Russen setzten am Samstag die Beschießung des rechten Flügels und des Zentrums des Marschalls Oyama fort. Sie bauen andauernd Verteidigungswerke auf dem rechten Flügel und errichten in Mentapan Befestigungswerke für 24 Geschütze. Die Japaner umzingelten in der Nähe von Haienchang eine Abteilung russischer Kavallerie. Drei Russen wurden getötet und elf verwundet.

Petersburg, 13. Februar. Generaladjutant Kuropatkin meldet: Am 12. Februar um 4 Uhr morgens griff japanische Kavallerie die Brücke bei Fenhtsetong an und zerstörte die Eisenbahn auf einer Strecke von ungefähr 30 Metern. Nach einiger Zeit wurde der Eisenbahnverkehr wieder hergestellt. Am 11. Februar hatte japanische Infanterie Foutsichouantse angegriffen, wurde aber zurückgeschlagen. An demselben Tage beschossen die Japaner den Putilowhügel und Sakheyag mit Belagerungsgeschützen. Ein Offizier wurde getötet, einige verwundet. Nach Meldungen, deren Richtigkeit jetzt festgestellt ist, machten wir vom 25. bis 29. Januar 221 unverwundete und 122 verwundete Gefangene.

Letzte Post.

Berlin, 14. Febr. Hier sind Bergbauunternehmer aus ganz Deutschland versammelt, um zur angekündigten Novelle zum Berggesetz Stellung zu nehmen.

w. **Budapest**, 13. Febr. (Ungar. Korr.-Bur.) Ueber den Verlauf der Audienz Franz Kossuths beim König verlautet in oppositionellen Kreisen, daß der König den Forderungen der Opposition bezüglich der Wahlreform und bezüglich der Zolltrennung im allgemeinen zugestimmt, Konzessionen bezüglich der Armeefrage aber abgelehnt habe. Kossuth wird dem Vernehmen nach über das Ergebnis der Audienz in einer Versammlung seiner Partei berichten. — Was den Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses betrifft, so ist zweifelhaft, ob das Abgeordnetenhaus sich am 17. Febr., dem in dem Kgl. Einberufungsschreiben festgesetzten Tage, versammeln wird, da möglicherweise bis dahin das Kabinett noch nicht konstruiert ist. Zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses soll das Mitglied der Kossuth-Partei, Justh, gewählt werden.

w. **Paris**, 13. Febr. Die Hullkommission hielt heute Vormittag eine Sitzung ab, in der die namens der englischen und russischen Regierung gestellten Anträge und die von ihnen zu machenden Bemerkungen verlesen werden. Der englische Vertreter O'Beirne verlas die Anträge seiner Regierung, die das Ergebnis der vernommenen Zeugenaussagen und der der Kommission unterbreiteten Schriftstücke seien. Dieselben besagen: erstens, in der Nacht zum 22. Oktober befand sich tatsächlich kein Torpedoboot oder Torpedojäger unter den britischen Fischerbooten oder in der Nähe der russischen Flotte. Die russischen Offiziere täuschten sich, indem sie annahmen, daß Schiffe dieser Art an Ort und Stelle oder in der Nachbarschaft seien, und daß sie die russische Flotte angegriffen hätten oder beabsichtigten, sie anzugreifen. Zweitens, es war kein ausreichender Grund vorhanden, um die Eröffnung des Feuers zu rechtfertigen. Nachdem das Feuer einmal eröffnet war, hat man nicht, wie man mußte, das Schießen geleitet und kontrolliert, um zu vermeiden, daß der Fischerflotte Beschädigungen zugefügt würden. Das Feuer ist gegen die Fischerflotte während eines unangemessenlangen Zeitraumes fortgesetzt worden. Drittens, Leute von Bord der russischen Flotte hätten den Verwundeten und den beschädigten Booten zu Hilfe kommen müssen. Viertens, seitens der Leute an Bord der Fischerboote oder derjenigen, welche die Leitung der Boote hatten, sei kein Fehler begangen worden. Die von dem russischen Vertreter Nelljudoff verlesenen Anträge lauten: In Erwägung der Beweise, die von der einen wie der anderen Seite der Untersuchungskommission zur Prüfung unterbreitet worden sind, in Erwägung ferner der Tatsachen, an die in diesen Anträgen beigefügten Bemerkungen erinnert wird und die durch die Untersuchungskommission enthüllt und festgestellt worden sind, ist die russische Regierung zur Schlußfolgerung berechtigt, daß das vom russischen Geschwader in der Nacht zum 22. Oktober vorigen Jahres abgegebene Feuer in rechtmäßiger Erfüllung der militärischen Pflichten eines Geschwaderchefs befohlen und ausgeführt worden ist, und daß daher weder Roschdjestwensky die Verantwortung treffen kann, noch einen seiner Untergebenen. Die russische Regierung beklagt aufrichtig, daß der Vorfall Unschuldige getroffen hat und beabsichtigt, wenn der Geschwaderchef auch frei von Verantwortung sei, sich keineswegs dem Schadenersatz zu entziehen. Die Regierung würde bereit sein, die unschuldigen Opfer des Feuers schadlos zu halten und den angerichteten Sachschaden zu ersetzen, indem sie vorschlägt, die Festsetzung der Entschädigungssummen einem Schiedsgericht zu überweisen, das aus den Mitgliedern des ständigen Haager Schiedsgerichtshofes erwählt wird.

Quittung.

Für die streikenden Bergarbeiter sind bei der Expedition des „Volksfreund" eingegangen:

Von sieben Gesellen von Röderer, die keine Ausrede haben, 3,50 Mk. — Bulach in der „Krone" ges. 1,50 Mk. — O laß' Lampe, 2. Rate, 1 Mk. — W. G. 50 Pfg. — Von Eisenbahnern 3 Mk. — M. 50 Pfg. — Brauerverband, Zahlstelle Karlsruhe, 50 Mk. — Katholischer Arbeiter 1 Mk. — Sängerbund Vorwärts Karlsruhe, 2. Rate, 20 Mk. — Durch Gromer von der Gruppe Mühlburg (Tellersammlung) 7.07 Mk. — G. K., gesammelt im Café Wilser, 5 Mk. — Von einer Tischgesellschaft in der Adlerstraße 2,73 Mk. — Personal des „Volksfreund", 4. Rate, 7,10 Mk. — Schafskopfspieler beim Pappel 40 Pf. — Gaggenau Emaillwerke 13,30 Mark, Gießerei 10,60 Mk., Herdabteilung 7,70 Mk., Automatenbau 6,40 Mk., Motorbau 8,20 Mk., Fahrrad-Montage 10,30 Mk. — Kleinsteinbach: von einigen freien Turnern 4,60 Mk. — Malsch: gesammelt bei der Auflage der Metallarbeiter-Krankenkasse durch Ferdinand Werner 11,50 Mk. — Grötzingen: durch H. Kurz, 2. Rate, vom Turnverein 10 Mk., vom Militärverein 6 Mk., vom Handwerkerverein 5 Mk., vom Sterbekassenverein, gesammelt bei der Generalversammlung, 11 Mk., von einem konservativen Bürgerausschußmitglied 1 Mk. — Ettlingen: von drei süddeutschen Eisenbahnlern 2 Mk. — Daxlanden: Turnverein 20 Mk.

Zusammen 230,90 Mk., früher quittiert 2555,13 Mk. Summa **2786,03 Mk.**

Die 9. Rate mit 500 Mk. wurde an Genosse Horn in Bochum abgesandt.

Weitere Beiträge nimmt entgegen
Expedition des Volksfreund.

Bei dem Gewerkschaftskartellkassier sind folgende Beträge für den Bergarbeiterstreik eingegangen:

Von den Handels- und Transportarbeitern, Sammelliste 111, 7 Mk. — Von 5 Internationalen und einem Gießermeister bei Eberle 2 Mk. — Rastatt: Sammelliste Nr. 11, durch Rösch gesammelt in der Zigarrenfabrik A. Reinbold 10,95 Mk. — Verband der Lederarbeiter Sammelliste Nr. 221 und 222 43,12 Mk. — Holzarbeiter Sammelliste Nr. 60 13,10 Mk. — Durch Becherer 1 Mk. — Durch Ziegler 81 Pf. — Altersstufe im Drachen 1,06 Mark. — Von den Strandräubern der Gießerei in der Maschinenbaugesellschaft auf Sammelliste Nr. 16 22,15 Mk. und Sammelliste Nr. 19 11,20 Mk. — Glaserei der Firma Billing u. Zoller, Sammelliste Nr. 404, 5,60 Mk. — Verband der Glaser, Sammellisten Nr. 43 und 44, 16,90 Mk. — Verband der Steindrucker, Sammelliste Nr. 104 (2. Rate) 12,20 Mk. — Verband der Schneider, Sammelliste Nr. 116, 17,80 Mk., darunter 7,10 Mk. von der Damenschneiderversammlung. — Verband der Töpfer, Sammelliste Nr. 114, 7,10 Mk. — Aus der Lokalkasse 5 Mk.

Zusammen 169,96 Mk. Bisher quittiert 2393,61 Mk. Summa: **2563,57** Mk.

Richtigstellung. In der letzten Quittung muß es heißen: Zusammen 124,50 Mk., früher quittiert **2269,11** Mark, Summa 2393,61 Mk.

Weitere Beiträge nimmt F. Pongratz, Hebelstr. 17, entgegen.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Gewerkschaftskartell.) Dienstag Abend punkt halb 9 Uhr, Sitzung im Gasthaus zum „Schwanen".
620 Der Vorstand.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Donnerstag den 16. ds., Mitgliederversammlung im „Schwanen". Tagesordnung: Badischer Parteitag.
619 Der Vorstand.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Aus Baden, Deutschland, Ausland, Parteinachrichten, Feuilleton und Telegramme: Wilh. Kolb; für den übrigen Teil: Albert Willi; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Vom Sonntag, 12. Februar bis Samstag, 18. Februar,

Möbel-Woche

mit auffallender Preisermäßigung. Nachstehend einige Beispiele mit dem Bemerken, daß diese Preise nur während der „Möbelwoche" Gültigkeit haben.

Aus der Abteilung komplette Betten

Komplettes Bett: 28.50,
eiserne Bettstelle mit Rost, Seegrasmatratze, Deckbett und 2 Kissen.

Komplettes Bett: Mk. 38.—,
lackierte Bettstelle, Rost, Matratze und Keilkissen, Deckbett und 2 Kissen hierzu Mk. 11.—.

Komplettes Bett: Mk. 55.—,
hochhäuptige Bettstelle, Rost, Matratze und Keilkissen, Deckbett und 2 Kissen hierzu Mk. 15.—.

Komplettes Bett: Mk. 57.—,
nußbaum polierte Bettstelle, Rost, Matratze und Keilkissen, Deckbett und 2 Kissen hierzu Mk. 18.—.

Komplettes Bett: Mk. 68.—,
polierte französische Bettstelle, Rost, Matratze, Keilkissen, Deckbett und 2 Kissen hierzu Mk. 22.—.

Komplettes Bett: Mk. 77.—,
elegante Bettstelle, innen eichen, Rost, Matratze und Keil, Deckbett und 2 Kissen hierzu Mk. 30.—.

Kinderbettstellen u. kompl. Kinderbetten enorm billig.

Bettfedern: während der Möbelwoche
per Pfund **48, 77 Pfg., 1.15, 1.70, 2.30, 2.80**
Wert 65, 1.05, 1.50, 2.30, 3.—, 3.80

Haarmatratzen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
28 Mk.	**32 Mk.**	**35 Mk.**	**40 Mk.**

genau nach vorgelegten Roßhaarproben

Wollmatratzen von Mk. 16.— anfangend.

Sofas, vorzüglich gearbeitet,

Sorte I	Sorte II
Mk. **32**	Mk. **34**
Wert Mk. 45	Mk. 48.

Aus der Abteilung Zimmereinrichtungen
welche sehenswert ist.

Vertikows, **28, 40, 48 80 Mk.** Wert 39, 55, 65, 115 Mk.

Kleiderschränke, **13, 15, 24, 28 Mk.** Wert 19, 20, 31, 42 Mk.

Chiffonier, nußb. pol., **32, 46, 50, 55 Mk.** Wert 45, 60, 65, 75 Mk.

Eßtische **6.50, 12.— Mk.** Wert 11.50, 18.— Mk.

Salontische **15, 21, 24 Mk.** Wert 20, 30, 36 Mk.

Kommoden, nußb. poliert, **19, 24, 27 Mk.** Wert 29, 30, 42 Mk.

Buffet, eichen **140 Mk.** Wert 190 Mk.

Buffet, eleg., innen eich., **180 Mk.** Wert 250 Mk.

Buffet, amerik. nußb. eleg. **190 Mk.** Wert 270 Mk.

Buffet, eichen, mod. Art, **210 Mk.** Wert 310 Mk.

Schreibtisch: 27 Mk., Wert 38 Mk.,
Damenschreibtische: 55 Mk., Wert 75 Mk.,
Diplomatenschreibtische: 75 Mk., Wert 110 Mk.,
Schreibbüro: 95 Mk., Wert 195 Mk.,
Trummeau: 52 Mk., Wert 75 Mk.,
Trummeau: 35 Mk., Wert 48 Mk.

Divans, Ia. gearbeitet **45 Mk.,** Wert 60 M. **Taschendivans,** eleg. gearb., in verschiedenen Variationen **50 Mk.,** Wert 70 Mk.
Elegante **Taschendivans** in neuen reizenden Zeichnungen **65 Mk.,** Wert 110 Mk.
Prima **Moquet-Divan, 62 Mk.,** Wert 95 Mk..
Ottomane 28 Mk.
Ottomane, überzogen, **38 Mk.,** Wert 50 Mk.
Ottomane mit Moquet-Bezug **50 Mk.**
Waschtische 7.20 Mk., Waschkommode 15 Mk.
Waschkommode mit Beschläge, **20 Mk.**
Waschkommode, nußb. pol. m. Marmorpl., **35** Mk.

Waschkommode, nußbaum poliert mit Marmorplatte **48 Mark,** Wert 65 Mk.
Waschkommode mit Marmorplatte u. Spiegelaufsatz, komplett **60 Mk.,** Wert 85 Mk.
Komplette eleg. grüne **Küche, 110 Mk.,** Wert 155 Mk.
Komplette englische **Schlafzimmer-Einrichtung** „Isabella", hell Satin, **295 Mk.,** Wert 400 Mk.
(Dieselbe besteht aus 2 Bettstellen, 2 Nachtschränken mit Marmor, Waschtollette mit Glasaufsatz und Marmor, englischen Spiegelschrank mit Cristall-Facette-Glas.
Komplette englische **Schlafzimmer-Einrichtung** „Melanie", hell Satin, **330 Mk.,** Wert 480 Mk.

Ferner werden während der „Möbelwoche" zu enorm billigen Preisen verkauft: alle Sorten **Stühle, Kleinmöbel** als **Bauerntische, Nähtische, Rauchtische, Etageren, Handtuchhalter, Handtuchständer, Flurständer, Küchenschränke.**

Auf sämtliche Artikel aus der Manufakturwaren-Abteilung als Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Weißwaren, Tischzeuge usw. wird während der Möbelwoche ein Rabatt von 25 Proz. in dieser Weise gewährt, daß bei der Zahlung die 25 Prozent in Abzug gebracht werden auf meine ohnehin schon billigst gestellten Preise.

Meine Möbelwoche bietet Brautleuten eine außergewöhnlich billige Einkaufsgelegenheit, ebenso Gastwirten, Hoteliers und Privaten.
Möbel, die in der Möbelwoche gekauft werden und erst später abgenommen werden wollen, werden bis zur Abnahme bereitwilligst reserviert.
Sämtliche vorbezeichneten Preise haben ausschließlich nur während der Möbelwoche Gültigkeit. Der Verkauf geschieht nur gegen **bar.**

S. Krämer, Möbel- und Bettenhaus, Kaiserstrasse 30.

Fahrnisversteigerung.

Mittwoch den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr werden
Luisenstraße 38, 3. Stock,
wegen Wegzug folgende Gegenstände gegen bar versteigert: 2 vollständige Betten, 1 Waschkommode, 2 Chiffonieres, 1 Diwan, 1 Tisch, Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Herd, 1 Feldbett, 1 Sitzbadewanne, Teppiche, Geschirr und verschiedene andere Gegenstände, wozu Liebhaber ergebenst einladet
Gabriel Guggenheim,
622 **Aktionator.**

Arbeitsvergebung.

Zum Neubau eines **Dienstwohngebäudes im städt. Schlachthof** sollen nachstehend verzeichnete Arbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden:

Verputzarbeit.
Schreinerarbeit.
Glaserarbeit.
Schlosserarbeit.
Anstreicherarbeit.
Plättchenbelag.
Linoleumbelag.
Rolladenlieferung.

Zeichnungen, Angebotsformulare u. Bedingungen können bei der unterzeichneten Stelle, **Rathaus II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 104** eingesehen und abgeholt werden.
Ebendaselbst sind auch die Angebote mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens
Donnerstag, 23. Febr. d. Js., nachmittags 5 Uhr,
dem Schluß der Ausschreibung, abzugeben. 583.2
Karlsruhe den 9. Februar 1905.
Städt. Hochbauamt.

Winterstraße 44, Hh., 4. St. r. ist eine 603
Schlafstelle
zu vermieten.

Fritz Töpper Wwe.
Cigarrengeschäft,
Karlsruhe,
14 Rüppurrerstraße 14
empfiehlt ihr **reichhaltiges** Lager in 3559
Cigaretten
Cigarren
Schnupf- u. Kautabaken
Vereine erhalten bei Abnahme von ganzen Kistchen **Rabatt.**
Parteischriften,
„Jakob", „Neue Zeit" ꝛc.
zu haben.

Sehr geeignet

für Vereinsbibliotheken, für Gabenverlosungen, für Freunde und Parteigenossen 47
Briefe aus Amsterdam
von **Dr. Ludwig Frank** in **Mannheim. Preis 30 Pfg.**
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportagen und vom Verlag der Buchdruckerei des **„Alt Offenburger"**
Adolf Geck, Offenburg.

Wir empfehlen unsern Lesern zum Abonnement:
In Freien Stunden
Illustrierte Romanbibliothek :: für das arbeitende Volk ::
wöchentl. ein Heft, 24 Seiten stark
10 Pfennig.
Gute Unterhaltungslektüre!
Der neue Jahrgang beginnt mit dem überaus spannenden Roman
Im Banne der Versuchung
von B. Malot
Illustrationen von J. Damberger
Abonnenten
::: können jederzeit eintreten. :::

Sauerkraut
Pfd. **14** Pfg.,
mageres deutsches
Dürrfleisch
Pfd. **90** Pfg.
empfehlen
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
am Werderplatz.
Telefon 1951.

Grosse Wohltätigkeits-
Geld-
Lotterie d. Krankenpflegeanstalten vom Roten Kreuz, Strassburg i. E.
Ziehung in kurzer Zeit
6052 Bargew. o. Abzug M.
70000
1. Hauptgew. Mk. 20 000
2. Hauptgew. Mk. 10 000
3. Hauptgew. Mk. 5 000
3 à 1000 = M. 3000
6 à 500 = M. 3000
30 à 100 = M. 3000
60 à 50 = M. 3000
350 Gewinne zus. M. 5000
5600 Gew. zus. M. 18000
Los 1 M. (11 Lose 10 M. Pto. u. Liste 30 Pf.
versend. das General-Debit
J. Stürmer, Strassburg i. E.
In Karlsruhe:
Carl Götz, Hebelst. 11/15
Chr. Wieder, Ludw. Michel, Chr. Frank, Jacob Heppes

In Karlsruhe: Bug, Dahlemann, Herz, Hase, Wander.
Wiederverkäufer gesucht!

Mühlburg, Gluckstraße 6.
Zwei freundliche
Mansardenwohnungen 406.6
von 2 und 3 Zimmer sind auf **1. März** und **1. April** billig zu vermieten. Näh. 2. Stock rechts.

Ein möbliertes Zimmer
zu vermieten. 580.3
Marienstraße 63, 4. St. rechts.

Ein möbliertes Zimmer
zu vermieten be 565.3
Rappel, Götheſtr. 45, 5. St.

Ia frische ledre **Fische** Alles zus. 3½ M.
30 frische Goldbücklg.
1 Pfd. ff. Ia **Rauchlachs.**
1 ganzer fetter **Rauchaal.**
1 Dos. ff. **Anchovis-C.** u.
100 Ia **Sardellenheringe**
E. Degener, Fisch.-Exp.,
Swinemünde K 14, Ostsee.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Uniformen betr.
Die Lieferung nachstehender Uniformierungsstücke für unser Personal soll demnächst zur Vergebung kommen.
181 Tuchröcke.
181 Tuchhosen.
90 Tuchmäntel.
181 Mützen.
Die Lieferungsbedingungen sind auf unserm Bureau erhältlich.
Angebote sind unter Anfügung von Gegenmustern bis zum
25. Februar d. Js., vormittags 10 Uhr
mit entsprechender Aufschrift versehen und verschlossen in unseren Geschäftsräumen, Tullastraße 71, einzureichen.
Bei der Vergebung werden nur hiesige Firmen berücksichtigt.
Karlsruhe den 10. Februar 1905.
Städtisches Straßenbahnamt.

Diese Woche Ziehung
der so beliebten **Kolonialgeldlotterte, Haupttreffer 75,000 M.** Lose à **3.30 Mk.** sind wie auch Zeller und Donaueschinger à 2.—, Gotha und Straßburger à 1.— noch zu haben bei 612.2
Carl Götz,
Hebelstraße 15/17, Karlsruhe.

Umhänge
und Capes reinigt und färbt in kürzester Zeit die Färberei
Ed. Printz, Karlsruhe.

Vergebung von Materialien.

Die Lieferung der in unserem Betriebe für das laufende Jahr 1905 erforderlichen, nachstehend angeführten Materialien soll im Ganzen oder geteilt öffentlich vergeben werden.
Es sind dies:

Ca.	2000	Ko.	Achsenöl
„	4500	„	Maschinenöl
„	3000	„	Zylinderöl
„	2000	„	konsistentes Fett
„	2000	„	Petroleum
„	1000	„	Benzin
„	6000	„	Graphit
„	1200	„	Schmierseife
„	250	„	Leinölfirnis
„	500	„	Terpentinöl
„	750	„	Bleiweiß
„	3000	„	Putzlappen
„	2000	„	bunte Putzwolle
„	1200	„	weiße Putzwolle.

Lieferungsbedingungen und Angebotsformulare sind auf unserem Bureau erhältlich, woselbst auch Proben aufliegen. Angebote sind unter Vorlage von Gegenmustern und mit der Aufschrift: „Angebot, die Lieferung von Materialien betreffend, versehen, bis 584.2
Montag den 27. Febr. 1905, vormittags 10 Uhr
auf unserem Bureau, Tullastraße 71 einzureichen.
Karlsruhe den 9. Februar 1905.
Städtisches Straßenbahnamt.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle:

4. Febr.: Heinrich, alt 4 Monate 8 Tage, Vat. Heinrich Schlindwein, Res.-Heizer. Josef Harter, Hoflakai, ein Ehemann, als 41 Jahre. 5. Febr.: Luise Ackenheil, alt 46 Jahre, Ehefrau des Hofkutschers Ferdinand Ackerheil. Mathilde Oehler, alt 63 Jahre, Ehefrau des Prälaten D. Friedrich Oehler. Sofie Heidinger, alt 65 J., Witwe des Hafners Heinrich Heidinger. Amalie, alt 1 Jahr 2 Mon. 27 Tage, Vat. † Josef Harter, Hoflakai. Elsa, alt 11 Tage, Vat Emil Mellinger, Heizer. 7. Febr.: Wilhelm Schiel, Bahnarbeiter, ein Ehemann, alt 40 Jahre. 7. Febr.: Ernst, alt 16 Tage, V. Anton Janzer, Aufseher.